1.MAI Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

BİR MAYIS-YAŞASIN BÜTÜN DÜNYA İŞÇİ-
LERİNİN MİLLETLERARASI SAVAŞ GÜNÜ

1. DE MAYO - EL DIA DE LUCHA INTERNACIONAL DE LA CLASE OBRERA

IL I MAGGIO - GIORNO DI LOTTA INTERNAZIONALE DELLA CLASSE OPERAIA!

ΖΗΤΩ Η Ι ΤΟΥ-ΜΑΗ!



LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Vorwärts zum 1. Mai!

Am 1. Mai werden es Millionen sein, die in aller Welt unter roten Fahnen für ihre Forderungen und Parolen demonstrieren werden. Gleichgültig, ob sie durch tausenden von Kilometern getrennt sind, ob sie in verschiedenen Ländern, unter verschiedenen Bedingungen kämpfen, am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, werden die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten aller Länder ihre Stärke demonstrieren. Sie werden ihre Stärke demonstrieren mit dem Bewußtsein, daß in ihrem Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus die werktätigen Massen der sozialistischen Länder, die den Sozialismus erkämpfen und verteidigen, fest an ihrer Seite stehen. Der 1. Mai 1973 wird beweisen, daß die Front gegen Imperialismus und Sozialismus in aller Welt wie auch in unserem Lande, stärker denn je ist.

"Alles lernen, nichts vergessen!"

Diese Weorte Karl Liebknechts haben sich die revolutionären Kräfte aller Länder zu eigen gemacht.

Alles lernen, das heißt lernen, daß das vietnamesische Volk einen großartigen Sieg erringen konnte, weil es seinen gerechten Volkskrieg gegen den USA-Imperialismus so lange fortführte, bis die USA-Imperialisten die grundsätzlichen Forderungen des vietnamesischen Volkes anerkennen mußten.

Alles lernen, das heißt lernen, daß in Asien, Afrika und Lateinamerika der Befreiungskampf der Völker weiter voranschreitet, daß in der ganzen Welt die Massen ihren Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrükkung trotz blutigster Terrormaßnahmen weiter verstärken.

Alles lernen, das heißt nicht zuletzt lernen, daß auch in unserem Land die Volksmassen um jedes politische und wirtschaftliche Recht kämpfen müssen. Die Arbeiter bei Hoesch, bei Mannesmann und in vielen anderen Betrieben haben gelernt und gehandelt. Die Lehrlinge vieler Betriebe, die Krankenschwestern und Pfleger, die Werktätigen aus allen Bereichen und die Schüler und Studenten haben im letzten Jahr viel gelernt und gehandelt. Sie haben Widerstand geleistet, gestreikt und demonstriert gegen Lohnraub, gesteigerte Arbeitshetze, Steuererhöhungen und Preistreiberei, gegen politische Unterdrückung und Entrechtung.

Alles lernen, das heißt erkennen, wer für die Interessen der Massen eintritt und wer nicht.

Nichts vergessen, das heißt Lehren ziehen und einmal begangene Fehler nicht zu wiederholen.

Nicht zu vergessen, daß es die SPD/FDP-Regierung ist, die Lohnraub, Preistreiberei, Arbeitshetze durch die Kapitalistenklasse unterstützt, daß es eben diese Regierung ist, die Steuererhöhungen durchführt und die politische Entrechtung und Unterdrükkung vorantreibt.

Diese Regierung ist es, die Polizei und Bundesgrenzschutz zu Bürgerkriegsarmeen aufrüstet, die Waffen an die faschistischen Regime liefert, mit denen die Bevölkerung blutig unterdrückt wird und. Kolonialkriege wie die von Portugal geführt werden können.

Nichts vergessen, das verpflichtet uns auch weiterhin, wachsam zu sein und die Einhaltung des Friedensabkommens in Vietnam durch die USA zu fordern. Nicht zu vergessen, daß zahllose Verträge schon von den Imperialisten gebröchen wurden, daß sie jeden Tag, wenn sie hoffen, eine Chance zu bekommen, wieder losschlagen werden, um ihre politischen und ökonomischen Interessen durchsetzen zu können. Wie das vietnamesische Volk, so dürfen auch wir keinen Moment in unserer Wachsamkeit nachlassen.

Nichts vergessen, das heißt, sich keine Illusionen zu machen über das wirkliche Gesicht der sowjetischen Führer und ihres Sprachrohrs in der BRD und Westberlin, der DKP- und SEW-Führung. Die heutigen Führer der Sowjetunion sind Imperialisten. Sie schrecken vor keinem Verbrechen zurück, um ihre Herrschaft weiter auszudehenen. Sie besetzten 1968 ihren "Bruderstaat" Tschechoslowakei, sie versuchen an der Grenze der VR China Ansprüche geltend zu machen, die noch über die Eroberungszüge der Zaren hinausgehen. Sie mischen sich in die

inneren Angelegenheiten anderer Völker ein und beuten diese aus. Mit der Europäischen Sicherheitskonferenz wollen sie gemeinsam mit den anderen imperialistischen Ländern ihre Einflußsphären in Europa abstecken und die Herrschaft über die Völker Osteuropas weiter absichern.
Nichts vergessen, das heißt am 1. Mai, den Agenten der Sowjetführer, den Bonzen von der DKP und SEW eine klare Absage zu erteilen.
"Alles lernen, nichts vergessen!"

Die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker handlen nach diesen Worten. Die Forderungen und Parolen, die sie am 1. Mai mit sich führen, werden dies beweisen. Es werden Millionen sein, die in aller Welt am 1. Mai gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für die Sache des Sozialismus demonstrieren werden. Stärken wir die weltweite Kampffront durch machtvolle Maidemonstrationen in der Bundesrepublik und Westberlin.

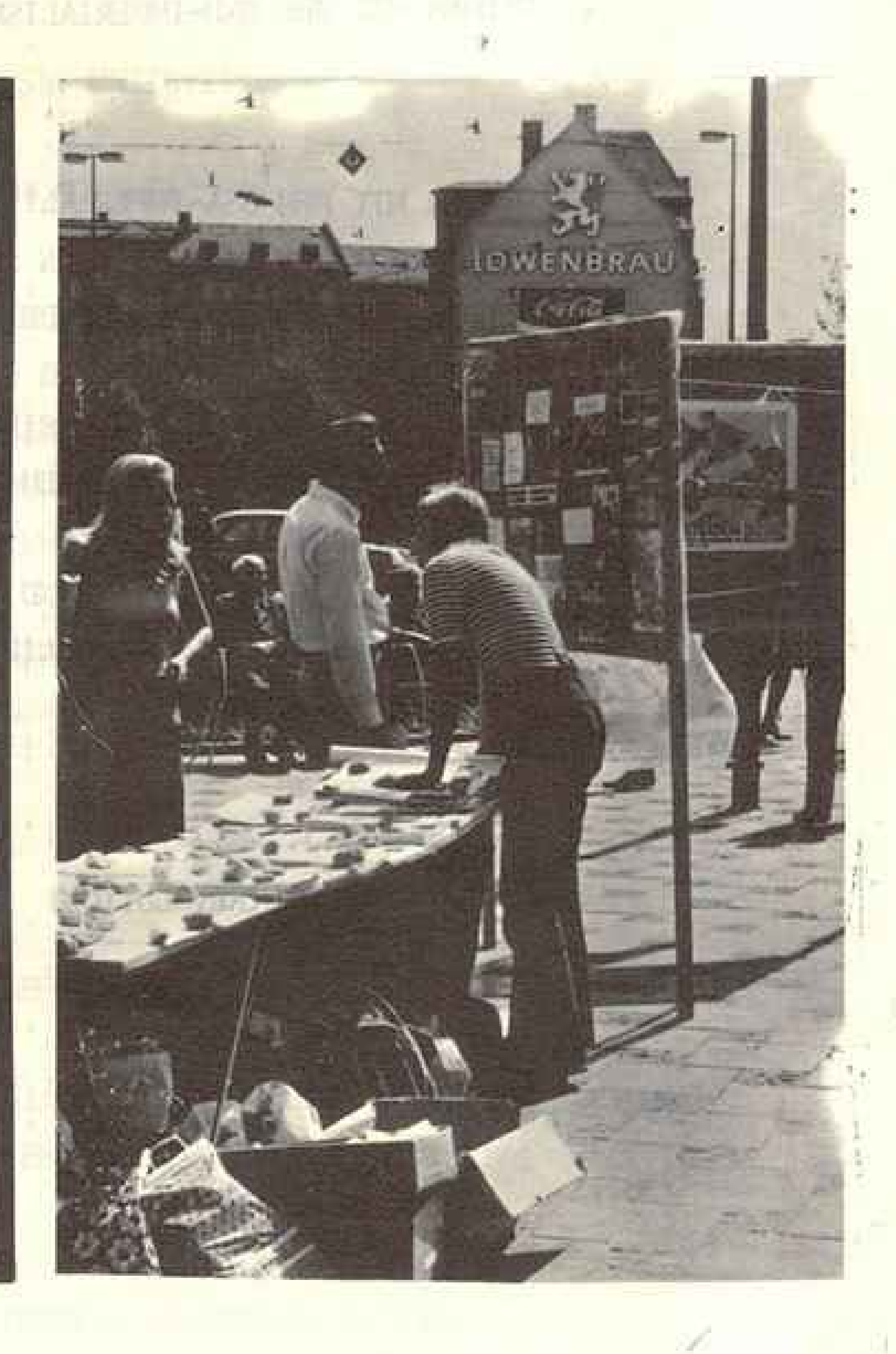
ES LEBE DER 1.MAI

ES LEBE DIE WELTREVOLUTION!

DER 1.MAI DER BOURGEOISIE

DAS PROGRAMM DES DGB IN WESTBERLIN ZUR 1.MAI-FEIER:

"1. Opening. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester; Potpourri Work Song; Der Mai ist gekommen; If I had a Hammer.
2. Begrüßung durch Walter Sickert, Vorsitzender des DGB Berlin.
3. Erste Diskussionsgruppe: 'Paritätische Mitbestimmung'.
4. Musikschau Olivia Molina, Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester, Solist Eugen Cicero: a) Glory Glory Hallelujah b) Schön ist die Welt c) So oder so (Olivia Molina) d) Goldfather (SFB-Tanzorchester, Solist Milo Pavlovic); e) La Bamba (Olivia Molina).
5. Zweite Diskussionsgruppe: 'Gewerkschaften Heute!
6. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: Manhattan Spiritual.
7. Ansprache durch Walter Sickert.
8. Brüder zur Sonne zur Freiheit, gemeinsames Lied, begleitet vom SFB-Tanzorchester.



ES LEBE DER 1. MAI!

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT!
KAMPF DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!
KAMPF DEM STAATLICHEN TERROR DER SPD/FDP-REGIERUNG!
GEGEN MONOPOLDIKTATUR - FÜR VOLKSDEMOKRATIE!

SCHLUß MIT DER ZUNEHMENDEN UNTERSTÜTZUNG DER FASCHISTISCHEN REGIMES BEI DER AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER VÖLKER SÜDEUROPAS DURCH DIE BRANDT-REGIERUNG!
GEGEN DEN VERSUCH, MIT DER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSKONFERENZ DIE VÖLKER UNTER DER MASKE VON FRIEDEN UND SICHERHEIT NOCH TIEFER ZU VERSKLAVEN!
BRD RAUS AUS DER NATO!
ABZUG ALLER USA-TRUPPEN AUS EUROPA!
NIEDER MIT DEM BRD-IMPERIALISMUS!

NIEDER MIT DEM USA-IMPERIALISMUS, DEM HAUPTFEIND ALLER VÖLKER!
NIEDER MIT DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!
SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER VÖLKER ASIENS, AFRIKAS UND LATEINAMERIKAS!
ALLES FÜR DEN ENTGÜLTIGEN SIEG DER KÄMPFENDEN VÖLKER INDOCHINAS!
KEINEN PFENNIG FÜR DAS THIEU-REGIME!
SIEG IM VOLKSKRIEG!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

ES LEBE DER 1. MAI!
ES LEBE DIE WELTREVOLUTION!

VIVA IL PRIMO MAGGIO!

LAVATORI TEDESCHI E STRANIERI - UNA SOLA FRONTE DI LOTTA!

CONTRO LE LEGGI REAZIONARI CHE SERVONO DA REPRESSIONE CONTRO GLI STRANIERI!

CONTRO IL TERRORISMO STATALE DEL GOVERNO SPD/FDP!

CONTRO LA DITTATURA MONOPOLISTICA - PER LA DEMOCRAZIA POPOLARE!

FINITE CON L'APPOGGIO CRESCENTE DEL GOVERNO BRANDT ALLO SFRUTTAMENTO ED ALLA SOPPRESSIONE DEI POPOLI MERIDIONALI!

CONTRO IL TENTATIVO DELLA CONFERENZA PAN-EUROPEA DI RIDURRE IN SCHIAVITU SEMPRE MAGGIORE I POPOLI, TUTTO QUESTO SOTTO LA MASCHERA DELLA PACE E DELLA SICUREZZA!

R.F.T. - FUORI DALLA NATO! PER LA PARTENZA DELLE TRUPPE STATUNITENSI DALL' EUROPA!

ABBASSO L' IMPERIALISMO DELLA R.F.T.!

ABBASSO L' IMPERIALISMO STATUNITENSE,NEMICO PRINZIPALE DI TUTTI POPOLI!

ABBASSO L'IMPERIALISMO SOZIALE SOVIETICO!

SOLIDARIETA CON LA LOTTA DEI POPOLI DELL' ASIA, DELL' AFRICA E DELL' AMERICA LATINA!

TUTTO PER LA VITTORIA DEFINITIVA DEI POPOLI DELL' INDOCINA IN LOTTA!

NIENTE SOLDI PER IL REGIME THIEU!

VITTORIA NELLA LOTTA POPOLARE!

PROLETARI DI TUTTI I PAESI E POPOLI OPPRESSI, UNITEVI!

VIVA LA SOLIDARIETA INTERNAZIONALE!

VIVA IL PRIMO MAGGIO! VIVA LA RIVOLUZIONE MONDIALE!

VIVA EL 1. DE MAYO!

OBREROS ALEMANES Y EXTRANJEROS - UN FRENTE DE LUCHA!

LUCHA A LAS LEYES REACCIONARIAS DE EXTRANJEROS!

LUCHA AL TERROR ESTATAL DEL GOBIERNO SPD/FDP!

CONTRA LA DICTADURA MONOPOLISTA - POR LA DEMOCRACIA POPULAR!

FIN AL AUMENTO DE LA AYUDA A LOS REGÍMENES FASCISTAS POR EL GOBIERNO DE BRANDT EN LA EXPLOTACIÓN Y OPRESIÓN DE LOS PUEBLOS SUDEUROPEOS!

CONTRA EL INTENTO DE ESCLAVIZAR MÁS PROFUNDAMENTE A LOS PUEBLOS BAJO LA MÁSCARA DE PAZ Y SEGURIDAD DE LA CONFERENCIA EUROPEA DE SEGURIDAD!

RFA - FUERA DE LA NATO!

ABAJO CON EL IMPERIALISMO ALEMAN!

FUERA TODAS LAS TROPAS YANKEES DE EUROPA!

ABAJO CON EL IMPERIALISMO AMERICANO, EL ENEMIGO PRINZIPAL DE TODOS LOS PUEBLOS!

ABAJO CON EL SOCIALIMPERIALISMO SOVIÉTICO!

SOLIDARIDAD CON LA LUCHA DE LOS PUEBLOS ASIATICOS, AFRICANOS Y LATINAMERICANOS!

TODA PARA LA VICTORIA DEFINITIVA DE LOS PUEBLOS INDOCHINOS EN LUCHA!

NI UN PEÑIQUE PARA EL RÉGIMEN THIEU!

VICTORIA EN LA GUERRA POPULAR!

PROLETARIOS DE TODOS LOS PAÍSES Y DE LOS PUEBLOS OPRIMIDOS, UNIDOS!

VIVA LA SOLIDARIDAD INTERNACIONAL!

VIVA EL 1. DE MAYO! VIVA LA REVOLUCIÓN MUNDIAL!

BİR MAYIS - OMUZ OMUZA, İLERİ

-ALMAN VE YABANCI İŞÇİLER,BİR TEK SAVAŞ CEPHESİ!
-GERİCİ NİTELİKTEKİ YABANCILAR KANUNLARIYLA SAVAŞ!
-SPD/FDP HÜKÜMETİNİN YÜRÜTTÜĞÜ DEVLET TERÖRÜYLE SAVAŞ!
-TEKEL DİKTATÖRLÜĞÜNE KARŞI-HALK DEMOKRASİSİNDEN YANA!
-BRANDT HÜKÜMETİNİN,FAŞİST ÜLKE HÜKÜMETLERİYLE ANLAŞMA İÇİNDE,O ÜLKE HALKLARININ SÖMÜRÜSÜNE KATILMASINA VE BU SÖMÜRÜ İÇİN GEREKLİ OLAN DESTEĞİ VERMESİNE PAYDOS!
-SULH VE EMNİYET MASKESİ ALTINDA,ESARETİ VE SÖMÜRÜYÜ GARANTİ ETMEYİ AMAÇ ALAN AVRUPA GÜVENLİK KONFERANSINA KARŞI!
-ALMANYA,NATO'DAN DIŞARI!
-KAHROLSUN BATI ALMAN EMPERYALİZMİ!
-BÜTÜN USA KUVVETLERİ,AVRUPADAN DIŞARI!
-KAHROLSUN BÜTÜN HALKLARIN DÜŞMANI OLAN AMERİKAN EMPERYALİZMİ!
-ASYA,AFRİKA,LATİN AMERİKA HALKLARIYLA DAYANIŞMA!
-HERŞEY,SAVAŞAN ÇİN HİNDİ HALKININ KAYITSIZ ZAFERİ İÇİN!
-THIEU REJİMİNE BİR KURUŞ YARDIM YOK!
-YAŞASIN HALKLARIN ZAFERİ!
-BÜTÜN ÜLKELERİN PROLETERLERİ VE EZİLEN HALKLAR,BİRLEŞİN!
-YAŞASIN HALKLARIN MİLLETLERARASI DAYANIŞMASI!
-YAŞASIN BİR MAYIS-MİLLETLERARASI İŞÇİ SAVAŞ GÜNÜ!
-YAŞASIN DÜNYA İHTİLALİ!

ΖΗΤΩ Η Ι ΤΟΥ ΜΑΗ!

-ΓΕΡΜΑΝΟΙ ΚΑΙ ΞΕΝΟΙ ΕΡΓΑΤΕΣ ΕΝΑ ΑΓΩΝΙΣΤΙΚΟ ΜΕΤΩΠΟ!

-ΕΜΠΡΟΣ ΣΤΟΝ ΑΓΩΝΑ ΕΝΑΝΤΙΑ ΣΤΟΥΣ ΑΝΤΙΔΡΑΣΤΙΚΟΥΣ ΝΟΜΟΥΣ ΓΙΑ ΤΟΥΣ ΞΕΝΟΥΣ!

-ΕΜΠΡΟΣ ΣΤΟΝ ΑΓΩΝΑ ΕΝΑΝΤΙΑ ΣΤΗΝ ΚΡΑΤΙΚΗ ΤΡΟΜΟΚΡΑΤΙΑ ΤΗΣ ΚΥΒΕΡΝΗΣΗΣ SPD-FDP-!

-ΕΝΑΝΤΙΑ ΣΤΗΝ ΔΙΚΤΑΤΟΡΙΑ ΤΩΝ ΜΟΝΟΠΩΛΙΩΝ, ΓΙΑ ΛΑΙΚΗ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑ!

-ΝΑ ΣΤΑΜΑΤΗΣΕΙ Η ΑΥΞΑΝΟΜΕΝΗ ΥΠΟΣΤΗΡΙΞΗ ΤΩΝ ΦΑΣΙΣΤΙΚΩΝ ΚΑΘΕΣΤΩΤΩΝ Η ΕΚΜΕΤΑΛΛΕΥΣΗ ΚΑΙ ΚΑΤΑΠΙΕΣΗ ΤΩΝ ΛΑΩΝ ΤΗΣ ΔΥΤ. ΕΥΡΩΠΗΣ ΑΠΟ ΤΗΝ ΚΥΒΕΡΝΗΣΗ ΤΟΥ ΜΠΡΑΝΤ!

-ΕΝΑΝΤΙΑ ΣΤΗΝ ΠΡΟΣΠΑΘΕΙΑ ΠΟΥ ΓΙΝΕΤΑΙ ΜΕ ΤΟ ΕΥΡΩΠΑΙΚΟ ΣΥΜΒΟΥΛΙΟ ΑΣΦΑΛΕΙΑΣ ΝΑ ΣΚΑΒΩΘΟΥΝ ΑΚΟΜΑ ΒΑΘΥΤΕΡΑ ΟΙ ΛΑΟΙ ΚΑΤΩ ΑΠΟ ΤΗΝ ΜΑΣΚΑ ΤΗΣ ΕΙΡΗΝΗΣ ΚΑΙ ΤΗΣ ΑΣΦΑΛΕΙΑΣ!

-ΔΥΤ. ΓΕΡΜΑΝΙΑ ΕΞΩ ΑΠΟ ΤΟ ΝΑΤΟ!

-ΑΠΟΧΩΡΗΣΗ ΟΛΩΝ ΤΩΝ ΑΜΕΡΙΚΑΝΙΚΩΝ ΣΤΡΑΤΕΥΜΑΤΩΝ ΑΠΟ ΤΗΝ ΕΥΡΩΠΗ!

-ΚΑΤΩ Ο ΔΥΤΙΚΟΓΕΡΜΑΝΙΚΟΣ ΙΜΠΕΡΙΑΛΙΣΜΟΣ!

-ΚΑΤΩ Ο ΑΜΕΡΙΚΑΝΙΚΟΣ ΙΜΠΕΡΙΑΛΙΣΜΟΣ Ο ΚΥΡΙΟΣ ΕΧΘΡΟΣ ΟΛΩΝ ΤΩΝ ΛΑΩΝ!

-ΚΑΤΩ Ο ΣΟΒΙΕΤΙΚΟΣ ΣΟΣΙΑΛΙΜΠΕΡΙΑΛΙΣΜΟΣ!

-ΑΛΛΗΛΕΓΓΥΗ ΜΕ ΤΟΝ ΑΓΩΝΑ ΤΩΝ ΛΑΩΝ ΤΗΣ ΑΣΙΑΣ, ΑΦΡΙΚΗΣ ΚΑΙ ΛΑΤΙΝΙΚΗΣ ΑΜΕΡΙΚΗΣ!

-ΟΛΑ ΓΙΑ ΤΗΝ ΤΕΛΕΙΩΤΙΚΗ ΝΙΚΗ ΤΩΝ ΑΓΩΝΙΖΟΜΕΝΩΝ ΛΑΩΝ ΤΗΣ ΙΝΔΟΚΙΝΑΣ!

-ΚΑΝΕΝΑ ΠΦΕΝΝΙΧ ΓΙΑ ΤΟ ΚΑΘΕΣΤΩΣ ΤΟΥ ΘΙΕΟΥ!

-ΝΙΚΗ ΣΤΟΝ ΛΑΪΚΟ ΠΟΛΕΜΟ!

-ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΟΙ ΟΛΩΝ ΤΩΝ ΧΩΡΩΝ ΚΑΙ ΚΑΤΑΠΙΕΖΟΜΕΝΑ ΕΘΝΗ ΕΝΩΘΕΙΤΕ!

-ΖΗΤΩ Η ΔΙΕΘΝΗΣ ΑΛΛΗΛΕΓΓΥΗ!

-ΖΗΤΩ Η Ι ΤΟΥ ΜΑΗ!

-ΖΗΤΩ Η ΠΑΓΚΟΣΜΙΑ ΕΠΑΝΑΣΤΑΣΗ!

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT

Wo immer Unterdrückung herrscht, dort gibt es Widerstand! Ob gegen die spanischen Faschisten, gegen die portugiesischen Kolonialisten, gegen die faschistischen und reaktionären Regimes in Griechenland und der Türkei - die Völker kämpfen um Unabhängigkeit und Freiheit!
Die Lage der Menschen in den europäischen Randländern ist oft unerträglich; in der Türkei zum Beispiel stiegen die Preise in den Jahren von 196o- 197o um 2oo%, die Löhne blieben Hungerlöhne, sie stiegen um 45% im gleichen Zeitraum!
Die Zusammenarbeit der reaktionären und faschistischen Regime mit dem BRD-Imperialismus ist offensichtlich: staatliche "Entwicklungshilfe", mehr als 2 Milliarden von 1958-68 kommt den BRD-Monopolen durch Auftragsgebundene Vergabe zugute!
Ziel ist die Vorbereitung auf Produktionsverlagerungen, um die extrem niedrigen Löhne auszunutzen. Daß das der Bevölkerung nicht zugute kommt, zeigt die Notwendigkeit für viele Kollegen, in den kapitalistischen Ländern Arbeit zu suchen.
Hier in der BRD werden die ausländischen Kollegen seit Anfang der 6oer Jahre als zunehmend wichtiger Teil der industriellen Reservearmee eingesetzt. Auf der einen Seite können sie jederzeit wieder auf die Straße geworfen werden, bzw. in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, auf der anderen Seite dienen sie den Kapitalisten dazu, als billige Arbeitskräfte den deutschen Kollegen Druckmittel für Kurzarbeit und Entlassung zu sein.
Diese Unterdrückung der ausländischen Kollegen versucht die SPD/FDP-Regierung mit allen möglichen "Modellen" von Mitbestimmung bis zu Ausländerparlamenten zu vertuschen! Die Kollegen sollen nicht nur von ihren deutschen Kollegen gesondert wohnen, wie in betriebseigenen oder städtischen Wohnheimen, sondern durch Ausländergesetze, "Arbeitsnehmerüberlassungsgesetz" und andere reaktionäre Maßnahmen unter Kontrolle gehalten werden. Charakteristisch ist die Hausordnung eines Ausländerwohnheim in Troisdorf: "Politische, religiöse oder weltanschauliche Gegensätze dürfen in den Clubräumen nicht ausgetragen werden."
Im "Ausländerparlament" versuchen die Stadtväter die Kollegen mit den örtlichen Problemen zu beschäftigen, was nach den Vorstellungen des Präsidenten (Stadtdirektor von Troisdorf) Mitarbeit in den Ausschüssen für Soziales, Schule, Sport, Bildung und Freizeit bedeutet. Doch diese Demagogie kann uns nicht täuschen! Weiterhin werden wir gemeinsam mit den Ausländern Unterdrückung und Ausbeutung hier und in ihren Heimatländern bekämpfen und die einheitliche Kampffront von deutschen und ausländischen Kollegen herstellen.
Doch nicht nur gegen die ständige Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung wenden sich die Spanier, Türken und Griechen gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen, ebenso entschlossen nehmen sie den Kampf gegen die arbeiterfeindliche Gewerkschaftsspitze und gegen die Entlassung fortschrittlicher Kollegen auf: ob bei OPEL in Bochum bei DAIMLER-BENZ in Untertürkheim oder im Streik gegen den Lohnraub der Kapitalisten von Hülsbeck, Velbert und Hürster, die ausländischen Kollegen stehen Streikposten und reihen sich in die Kampffront der deutschen Kollegen in die ersten Reihen ein.
Diese gemeinsame Kampffront kann auch nicht durch Spaltungsmanöver wie in der Automobilindustrie gebrochen werden: Hier versuchen die Kapitalisten den ausländischen Kollegen die schlechtesten Arbeiten zu geben; bei FORD in Köln arbeiten 9o% der Ausländer in der Produktion, d.h. unter unmenschlichen Bedingungen am Fließband. In den großen Hallen herrscht ein Lärm, der eine Verständigung mit dem Nachbarn kaum möglich macht.

Lenin sagte schon 1913:
"Nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bewegung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitalismus ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den Fabriken und großen Gruben ... miteinander vereinigt."
Gegen das europäische Monopol ENKA-Glanzstoff wandten sich die Kolegen aus Belgien, Holland und der BRD mit der Forderung:

RÜCKGÄNGIGMACHUNG DER STILLEGUNGEN! in Breda und Compasaum (Niederlande), Zwijnsaerde (Belgien) und Wuppertal! Damit nahmen sie gemeinsam den Kampf gegen die Rationalisierungspläne im europäischen Maßstab auf!
Ebenso entschlossen bildeten die deutschen und spanischen Antiimperialisten im Ruhrgebiet am 24.März 72 eine gemeinsame Kampffront gegen die Ermordung von zwei streikenden Arbeitern in El Ferrol (Spanien).

Die Demonstration stand klar unter dem Zeichen des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus und Faschismus, für Volksdemokratie: NI FRANCO NI REY NI YANKEE- REPUBLICA POPULAR!
Sie wehrten sich damit gegen die faschistischen Zwangsgewerkschaften, die jeden Widerstand in Spanien, sowohl gegen die Franco-Clique, als auch gegen die Imperialisten aus der BRD und den USA brechen sollten.

Gemeinsamer Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung - das erinnert uns an spontane Demonstrationen in Griechenland am 1.Mai 1972: angefeuert durch revolutionäre Lieder demonstrierten die griechischen Patrioten ihre Kampfstärke gegen Ausbeutung und Knechtung der Volksmassen.

Auch wir werden diesen 1.Mai als den Tag feiern, an dem wir die Geschlossenheit und Einheit der Kampffront gegen die Unterdrükkungsversuche der arbeiterfeindlichen Brandt-Regierung demonstrieren!

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Ein türkischer Arbeiter berichtet

Ich heiße Achmed und bin in einem kleinen Dorf in der Nähe von Mus geboren.
Mein Vater war ein armer Bauer bei einem Großgrundbesitzer (Aga). Die Hälfte des Ernteertrags bekommt der Aga, die andere Hälfte reicht gerade, um die Familie vor dem Hungertod zu bewahren. Der Aga ist Besitzer von 4o Dörfern.
In unserem Dorf mit 5ooo Einwohnern gibt es zwei Moscheen aber keine Schule. Die nächste Schule ist 25 km entfernt. Der Weg war viel zu weit und beschwerlich, es gibt erst seit 1 oder 2 Jahren eine schmale Brücke. Außerdem konnte mein Vater das Geld für die Bücher nicht aufbringen. Mit 12 Jahren habe ich zusammen mit meinem Vater auf dem Feld des Aga gearbeitet. Der Tageslohn betrug damals 2 Lira, das waren etwa 8o Pfennig für 12 Stunden Arbeit. Mit 18 Jahren konnte ich in der Koranschule der Moschee Lesen und Schreiben lernen. Auf dem Feld mußte ich jetzt 14 Stunden arbeiten, dafür bekam ich 7 1/2 Lira. Später habe ich beim Militärdienst in Ankara noch einige Kurse in Schreiben und Lesen gehabt. Das Taschengeld betrug dort 1o Lira im Monat.
Mit 22 Jahren habe ich geheiratet. Für meine Frau mußte ich soviel bezahlen, daß ich mich beim Aga verschulden mußte. Dann habe ich gehört, daß es in Deutschland viel Geld zu verdienen gibt, schöne moderne Häuser und moderne Städte und das Leben viel besser sei. Ich bin nach Mus gefahren zum Arbeitsamt und habe einen Antrag auf Arbeitserlaubnis für die Bundesrepublik gestellt. Ich kam auf die Warteliste. Meine Wartezeit dauerte 5 Jahre. Inzwischen hatte ich drei Kinder. 1971 wurde ich dann zur Gesundheitskontrolle nach Istanbul bestellt. Die Reise war sehr teuer und meine ganze Familie mußte mich unterstützen. Um das deutsche Arbeitsamt sind unzählige Hotels gebaut, in denen sich die Wartenden für 5 bis 1o Jahre einquartieren können. Die Schlange vor dem Untersuchungsraum war sehr lang. Bei der Untersuchung wurde besonders auf die Hände und die Finger geachtet. Ein Antragsteller wurde abgelehnt, weil er ein Stück von einem Finger abhatte. Andere hatten Urinproben von ihren Angehörigen mit, um Gesundheit vorzutäuschen.

Für 4oo Lira habe ich mir noch ein Grundschulzeugnis gekauft, weil uns gesagt wurde, daß wir dies für eine Arbeitserlaubnis nachweisen müssen.
Als ich dann hier ankam, war ich enttäuscht. Ich wohne jetzt in einem Arbeiterwohnheim. Das Zimmer teile ich mit drei anderen türkischen Kollegen. Das Zimmer ist etwa 15 qm groß, darin sind zwei doppelstöckige Betten, ein Schrank, ein Stuhl für Besucher und ein Tisch untergebracht. Dafür zahlen wir pro Mann 75.-DM Miete. Es gibt eine Küche mit einer kleinen Kochplatte. Für 6o Mann gibt es eine Toilette und eine Dusche!
Besucher dürfen nur bis 22 Uhr aufs Zimmer, Frauenbesuch darf nur in einen winzigen Gemeinschaftsraum.
Für schwere Bauarbeit einschließlich Überstunden erhalte ich DM 65o.-. Davon schikke ich 2oo.-DM in die Türkei für meine Familie. Die müssen davon die Schulden bezahlen und für den Unterhalt meiner Mutter sorgen. Mein Vater ist mit 45 Jahren gestorben.
Ich wollte das 624-DM-Gesetz machen,da sagte mein Chef: "Ihr verdient genug hier, wenn du das machen willst, kannst du zurückgehen." Mein Chef drohte, mich nach Hause zu schicken, wenn ich krank werde.

Abdruck aus der ROTEN FAHNE, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Nr.72/ 3. Jg. 1972.

TÜRKİYE'Lİ BİR İŞÇİ ARKADAŞIN MEKTUBU

Adım Ahmet,doğum yerim Muş yakınında küçük bir köy.Babam ağa toprağında çalışan fakir bir köylüydü.Ağa ekinin yarısını alır,biz de geri kalan yarısıyla bütün aile ölmeyecek kadar geçinirdik.Ekinimizin yarısı alan ağanın 40 köyü var.
Köyümüzde 5000 kişi yaşar.İki tane camimiz vardır.Okulumuz yoktur.En yakındaki okul,25 kilometre uzaktaki öbür köydedir.İki köy arasındaki yol ince,tehlikeli ve zahmetlidir.Bundan bir sene önce,köylüler aralarında para toplayıp,bu köy yoluna küçük bir köprü kurdular.Okula gitmek istesem bile kitap almaya paramız yetmiyordu.Daha 12 yaşındayken ağanın toprağında babamla beraber çalışmaya başladım.Günlük ücretim 2 liraydı.Alman parasıyla o zaman olsa olsa 80 Fenik ederdi bu.12 saatlik iş,80 Fenik....
18 yaşında kuran kursuna başlayıp kuran öğrendim.O yaşlarda iş saatım 14 idi,buna karşılık 7,5 lira günlük.Sonraları askerlik sırasında okuma yazma öğrendim.Askerde harçlığımız ayda 10 lira idi.
22 yaşında evlendim.Sevdiğim kızı almak için ödediğim başlığı,ağadan borç aldım.

Sonra duyduk ki,Almanya'da çok para kazanılıyormuş.Güzel şehirler,güzel evler ve daha iyi hayat varmış.
Muş'a gidip iş ve işçi bulma kurumuna başvurdum.Listeye yazdılar.
Tam beş yıl bekledim.Bu arada üç çocuğumuz oldu.Sıram geldi,sağlık kontrolu için İstanbul'a çağırdılar.Köyümden İstanbul'a olan yol parasını bütün aile el birliğiyle toparladık.Bizim için çok paraydı bu.İstanbul'da Alman iş ve işçi bulma kurumu etrafını oteller çevirmiş.Sıra bekleyenler için.
Kontrol için sıra bekleyenler yüzlerce metre kuyruk olmuştu.Sağlık kontrolunda bilhassa ellere ve parmaklara bakılıyor.Bir arkadaşı, parmağının biri yarıdan kopuk olduğu için almadılar.

Adamın biri bize,ilk okul diplomanız var mı,diye sordu.Yok,dedik, yoksa olmaz dedi,almazlar dedi, isterseniz ben size satarım dedi.
400 liraya bir de ilkokul mezunu olduk.
Sonra geldik Almanya'ya.
Ben şimdi bir Heim'de kalıyorum.
15 metre karelik bir odada 4 kişiyiz.
İki ranza,bir dolap,bir sandalya, bir masa var.Kafa başına 75 Mark ödüyoruz

60 kişiye bir ocaklı bir mutfak, bir tuvalet ve bir dus düşüyor.Misafirimiz gelirse ancak akşam ona kadar.Kadın misafir ise ancak misafir kabul odasına alınabiliyor.
Çalıştığımız ağir inşaat işinden, fazla mesai dahil 650 Mark kazanıyoruz.Ben,bunun 200 markını eve gönderiyorum.Borçlara ve anama.
Babam 45 yaşında öldü.

Duyduk ki devlet 624 mark davası diye birşey çıkarmış.Yaptıralım dedik.Patron,"Kazandığınız yeter, bunu da yaptırırsanız atarım işten, dönersiniz köyünüze" dedi.Tehdit'i bu kadar da değil.Krank yazılırsanız atarım,diyor.Göndertirim evinize.



»DIE LEUTE HABEN JA GAR KEINE PÄSSE!«

Schon seit Monaten arbeiteten 17 marokkanische Kollegen bei der Clausthaler Straßenbaufirma Jung.
Dann kam der Winter und die Aufträge gingen zu Ende. Da fiel dem Straßenbauunternehmer Jung plötzlich auf: "Die Leute haben ja gar keine Pässe" und er erstattete Anzeige gegen die Marokkaner. Die siebzehn wurden auf der Stelle festgenommen und in Abschiebehaft gesteckt.
Was dann ans Tageslicht kam, ist zwar nichts Neues, zeigt aber sehr deutlich, mit welchen verbrecherischen Methoden in der BRD und Westberlin die ausländischen Werktätigen von den Kapitalisten ausgeplündert und behandelt werden.

Inzwischen sind es Millionen, die ihr "Glück" im kapitalistischen Ausland, besonders in der BRD, suchen. In ihren Heimatländern finden sie keine Arbeit oder nur solche zu Hungerlöhnen.
Deshalb lassen sich die Kollegen für eine Arbeit im Ausland anwerben, um sich und ihre Familien wenigstens einigermaßen ernähren zu können.

Da die Kapitalisten aber nur die Gesündesten, Jüngsten und Kräftigsten haben wollen -um "unnötige" Ausgaben z.B. für Gesundheitsfürsorge zu sparen- bleiben immer noch viele zurück.

Diese werden dann leicht das Opfer von Sklavenhändlern und Menschenschindern der übelsten Sorte.
So auch die 17 marokkanischen Bauarbeiter. Sie wurden unter großen Versprechungen in die BRD gelockt und auch gleich von der Wuppertaler Leiharbeiterfirma (sprich Sklavenhandel) Küpper eingestellt. Daß sie keinen Paß und keine Arbeitserlaubnis hatten, kümmerte erstmal niemanden. Einige von ihnen wurden von dieser "Firma" schon seit zwei Jahren von einem Kapitalisten zum anderen herumgereicht, bis sie dann schließlich bei der Straßenbaufirma in Clausthal landeten.

Die Firma Jung zahlte ihnen 4oo.-DM im Monat und brachte sie dazu noch in einigen Bauschuppen auf firmeneigenem Gelände unter. Die Arbeiter anzumelden "vergaß" man. Das mit ihnen vielleicht etwas nicht stimmen könnte, fiel dem Firmenboß erst auf, als er sie nicht mehr gebrauchen konnte. Also schaltete er die Polizei ein. Und die stellte fest, daß es sich um illegale Arbeiter handelte, die laut Ausländergesetz sofort abgeschoben werden.
Weiterhin kam heraus, daß der Sklavenhändler Küpper aus Wuppertal den Arbeitern noch mehrere tausend DM an Lohn schuldete.



Abschiebungsaktion

Küpper aber ist inzwischen spurlos verschwunden. Die Baufirma Jung konnte man ebenfalls nicht belangen, denn die "wußte ja von nichts". Da blieb der Goslaer Ausländeramtschefin Hedda Mesche nichts anderes übrig, als festzustellen:"Die Leute tun uns ehrlich leid. Aber unsere Aktion gegen die Ausländer ist die einzige Lösung". Für wen aber die Lösung die einzige und beste ist, wird klar, wenn man sich ins Gedächtnis ruft, daß derartige Vorfälle seit Jahren regelmäßig aufgedeckt werden.
Immer mehr "Illegale" werden von Menschenhändlern in die BRD und Westberlin eingeschleust und hier wie die Sklaven ge- und behandelt. Sie bekommen die niedrigsten Löhne, sind völlig rechtlos und können jederzeit, wenn man sie nicht mehr braucht, wie im vorliegenden Fall, abgeschoben werden, wobei die Schuld immer an den Kollegen hängen bleibt, denn sie "hätten ja nicht in die BRD zu kommen brauchen".
Doch trotz Gezeter über "frühkapitalistische Ausbeutung" und "Menschenhandel" in der bürgerlichen Presse und von seiten der SPD-Regierung bei der Aufdeckung solcher Fälle -was selten genug vorkommt- wird nicht gegen den Menschenhandel vorgegangen - außer der Verhängung von lächerlichen Geldstrafen.

Die Brandt-Regierung selbst unterstützt die schrankenlose Ausbeutung der ausländischen Arbeiter, indem sie die Ausländergesetze verschärft, die ja gerade die "rechtliche" Grundlage für die Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Ausländer, besonders aber der "Illegalen" ist.
Nichts wird die Kapitalisten und ihre Regierung veranlassen, diesen Zustand zu ändern, denn dazu ist das Geschäft zu gut! Ändern wird sich erst dann etwas, wenn die Völker der unterentwickelt gehaltenen Länder die ausländischen Monopole samt ihren faschistischen und reaktionären Marionetten zum Teufel jagen.

Ändern wird sich erst dann etwas, wenn sich die Volksmassen in den imperialistischen Kernländern zusammenschließen, die Monopolherrschaft brechen und der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung nach innen und außen ein für alle Mal ein Ende setzen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER- VEREINIGT EUCH!

* * * * * * * * * * *

"BU ADAMLARIN PASAPORTLARI YOK"

Aylardanberi,Clausthaler yol inşaat firmasında 17 Marokko'lu işçi çalışıyordu.Kış geldi,anlaşmalar bitti.Firma patronu Jung'un aklına birden şu geldi:"Bu adamların pasaportları yok."Hemen şikâyet etti ve polisler gelip,17 işçiyi yurtlarına postalamak üzere nezarete aldı.Böylece gün ışığına çıkan olay aslında yeni bir şey değil. Ama tekrar tekrar açıkça gösteriyor, BRD hükümetinin ve bu rejimi destekleyen kapitalistlerin yabancı işçilere karşı nasıl vahşice davrandıklarını.
Daha milyonlarca isçi aynı "Şans!"ı aramak üzere gelmeye hazır.Çoğu, ya yurtlarında issiz,ya da çok düşük ücretlerle çalışıyorlar.Onun için burada çalışan arkadaşları onlara iş buluyor ve buraya getirtiyorlar. Ama kapitalistler bunların içinden en gençlerini ve işe yararlarını seçip çalıştırıyorlar.Bu yüzden çoğu tekrar geri dönmek zorunda kalıyor.Esir taciri kapitalistlerin kurbanı oluyor bunlar.İşte bu 17 Marokka'lı da bunlardan.Onlar da büyük vaadlerle Almanya'ya getirildiler ve hemen Wuppertal'deki işçi kiralama firması Küpper'e teslim edildiler.Ne pasaportları ne de çalışma müsaadeleri vardı.İlk anda kimse ilgilenmedi bu eksiklikle. Hattâ çoğu yıllarca kapitalistlerin elinde en ucuz ücretlerle çalıştırıldılar.Son durakları bu inşaat firmasıClausthal idi.Jung adlı firma Kupper'den kiraladığı bu işçilere 400 mark aylık ödüyordu ve yatacak yer veriyordu.İşçilerin polisçe müracaatlarını yapmak akıllarına gelmiyordu o zaman.Çünkü bu işçilere ihtiyaçları vardı ve durumu biliyorlardı.Bu eksiklik,ancak, artık işçilere ihtiyaçları kalmadığı kış mevsiminde akıllarına geldi.Böylece suçu üzerlerinden atmak için polise müracaat ettiler. Kanunsuz işçi dendi bunlara.Haydi

memleketinize...Daha beteri,Küpper'in daha binlerce mark borcu vardı bu işçilere.Ama küpper'i kim bulabilir....Polis,Jung firmasını da suçlayamıyor.Nerden bilsin böyle olduğunu!
Goslaer'deki yabancılar polisi şefi Hedda Mesche durum hakkında şöyle diyor.:Çok üzgünüm,ama tek çözüm bu işçilerin derhal sınır dışı edilmesidir..."
Senelerdenberi artık anlaşıldı bu çözüm yollarının kimin çıkarına olduğu.Brandt hükümeti bir yandan yabancılar kanunlarını sıkılaştırırken bir yandan da, saklanılması artık imkânsız hale gelen yabancı işçi sömürüsünü inceliyor...Ama bir şey yapılabileceğini düşünmek imkânsız.Çünkü bu çeşit işçi çalıştırmak işine geliyor kapitalistlerin.
Durumu değiştirmenin bir tek çaresi var.Eğer halklar,kendi ülkelerindeki faşist rejimlere karşı savaşırda onları ortadan kaldırırsa ancak o zaman biter bu esir ticareti.
Eğer halklar,imperyalizmin at oynattığı ülkelerde,bütün güçleriyle el ele verip,sömürü ve baskı düzenini tam anlamıyla ortadan kaldırabilirlerse biter insanın insana kulluğu.
Eğer halklar,kendi gerçek güçlerini farkedipte,bunun hakkını aramak üzere omuz omuza savaşırlarsa,işte o zaman kurulur yeni ve insanca düzen.
Bütün ülkelerin işçi ve köylüleri ve ezilen halklar,birleşiniz!

ROTATION UND INTEGRATION

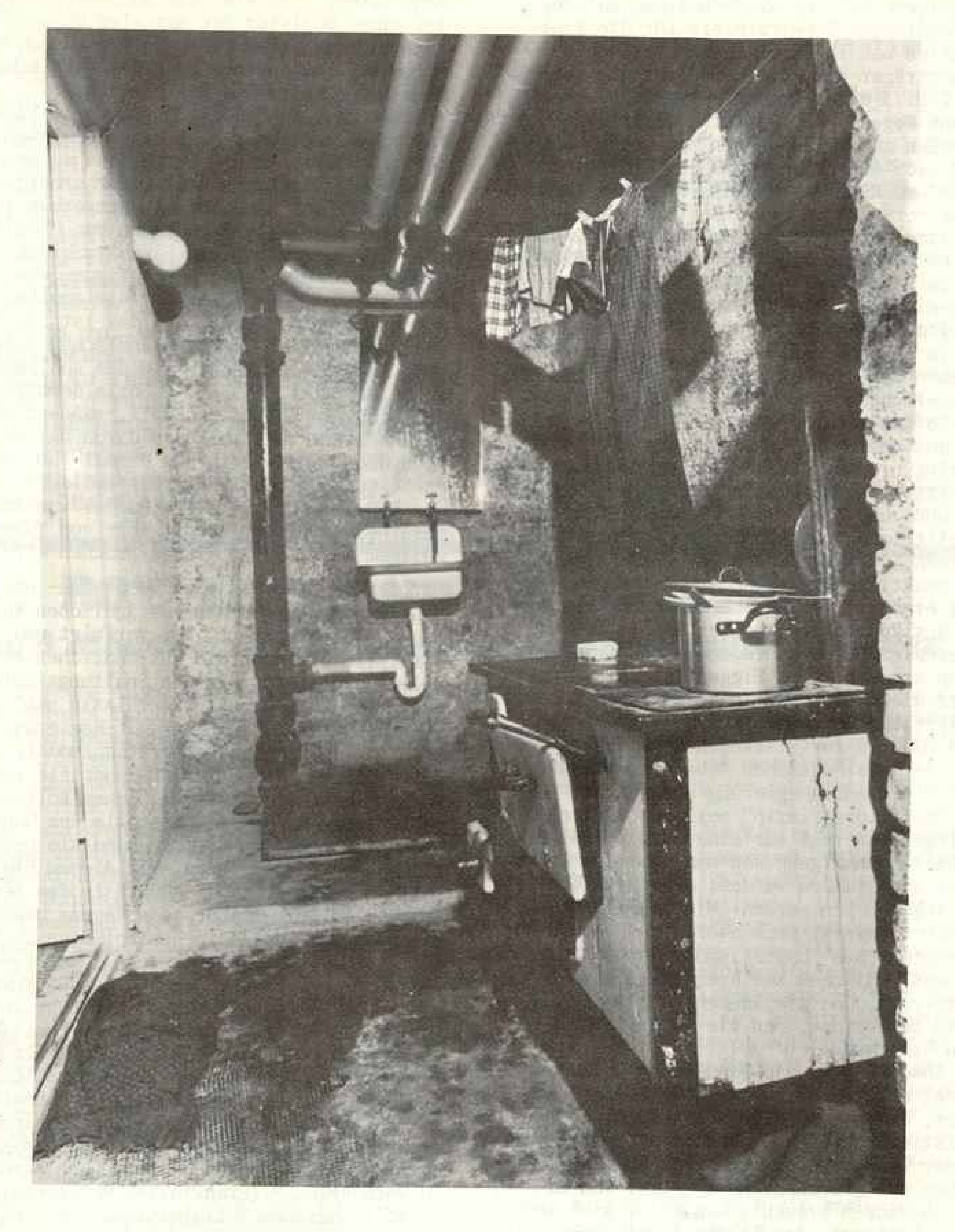
zwei Modelle zur Ausbeutung ausländischer Kollegen

"Die Schaffung eines bundeseinheitlichen Gesamtkonzepts für die Behandlung der Gastarbeiterprobleme gewinnt angesichts des noch verstärkten Zustroms ausländischer Arbeitnehmer höchste Dringlichkeit."
So wie hier im Handelsblatt vom 8.2.73 geben sich die sozialdemokratischen Führer alle Mühe im Dienste der Kapitalisten mit der "Gastarbeiterfrage" fertig zu werden. Denn die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg rechnet für 1973 mit einer Zunahme der Zahl der ausländischen Kollegen um 600 000, womit über drei Mio. ausländische Kollegen in der BRD und Westberlin beschäftigt wären.
Während Willy Brandt in altbewährter Hochstapelei in seiner Regierungserklärung noch davon gefaselt hat die "Gesamtkonzeption dieser Frage " werde von der Regierung beraten, hören sich die Reden der sozialdemokratischen Führer heute da ganz anders an. Mit einer niederträchtigen Verachtung reden sie von einem "Gastarbeiterbestand" , der "qualitativ und quantitativ eine kritische Dimension erreicht hat, die völlig neue Maßstäbe und Maßnahmen erfordert."
Was sich dahinter verbirgt, das sprach der nordrheinwestfälische Arbeitsminister Figgen ganz offen aus:"Sollte der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte im gegenwärtigen Ausmaß anhalten, dann wird eine administrative Zuwanderungsbeschränkung unvermeidlich."
Die SPD-Regierung steuert die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD und Westberlin gerade so, wie es für die Kapitalistenklasse notwendig ist und erweist sich auch hier als ein treuer Diener der Kapitalistenbande.
1956 begann die deutsche Kapitalistenklasse systematisch mit der Anwerbung ausländischer Arbeiter in die BRD. 1957 waren es schon 100 000 ausländische Kollegen, die in der BRD und Westberlin beschäftigt wurden. Anfang der sechziger Jahre stieg mit dem weiteren Aufschwung des BRD-Kapitals die Zahl der ausländischen Kollegen sprunghaft an. Der Mauerbau 1961, der den Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR abrupt unterbrach, trug mit zum beschleunigten Anstieg der Zahl der ausländischen Arbeiter bei. 1966 waren bereits über 1.3 Millionen ausländische Kollegen in der BRD beschäftigt. Als den Kapitalisten in der Krise das Wasser schon bis zum Hals stand, schmissen sie kurzerhand 300 000 Ausländer hinaus und jagten sie nach, weil man sie nicht mehr brauchte.
Heute, wo sich der BRD-Imperialismus verstärkt bemüht, seine profitgierigen Arme auszustrecken, sein aggressives Wesen nach außen immer deutlicher zu Tage tritt, wo die Kapitalistenbande im eigenen Land die Ausbeutung und Arbeitshetze unerhört verschärft, benötigt er ein riesiges Heer von ausländischen Arbeitskräften, die billig sind und die er jederzeit auf die Straße setzen kann.

Die Misere bei der Niederhaltung solcher ausländischen Arbeiterheere für die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Wasserträger drückt die Süddeutsche Zeitung vom 2.3.73 unter der entlarvenden Überschrift " Neue Wege in der Gastarbeiterfrage" folgendermaßen aus:" Von diesen Menschenmassen wird sich erfahrungsgemäß ein Viertel an Rhein und Rhuhr niederlassen. So willkommen diese Perspektive der Industrie sein mag, die sich vor Aufträgen wieder einmal nicht retten kann, so viel Kopfschmerzen bereitet sie in Düsseldorf A-beits- und Sozialminister Figgen (SPD)." Wie die SPD sich von diesen "Kopfschmerzen" befreien will, davon hat sie in Vergangenheit zahlreiche Beispiele gegeben und sie hat für die Zukunft genaue Vorstellungen entwickelt.
Ganz offen wurde die brutale Unterdrückung der ausländischen Kollegen, ihre politische Disziplinierung bei dem Verbot der fortschrittlichen palästinensischen Organisationen GUPA und GUPS. Um so gegen die fortschrittlichen ausländischen Kollegen vorzugehen, verabschiedete die SPD-Regierung die reaktionären Ausländergesetze.
Dies ermöglichte ihr aber auch den Zustrom der ausländischen Arbeiter in die BRD und innerhalb der verschiedenen Industriezweige zu steuern. Laut Figgen ist allerdings heute die "Reizschwelle gesetzgeberischer Aktivitäten überschritten."
Zwei Modelle zur stärkeren Regulierung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte hat sich die Brandt-Regierung ausgedacht. Nach dem "Rotationsprinzip" soll ausländischen Kollegen generell nur eine befristete Aufenthaltsgenehmigung von ein paar Jahren Dauer zugestanden werden, danach sollen sie abgeschoben werden. Mit aller Deutlichkeit beweist sich hier die Menschenverachtung des Kapitalismus. Für ihn sind die ausländischen Kollegen ein Stück Arbeitskraft, das sie kaufen, wie jeden anderen Gegenstand, den sie in der Produktion brauchen.
Die Anwerbung von ausländischen Kollegen findet unter den unwürdigsten Bedingungen statt, die nur noch an die Auswahl von Arbeitstieren erinnert. Wenn ein Kapitalist in der BRD beispielsweise 1oo ungelernte Frauen aus Griechenland im Alter von 2o bis 25 Jahren braucht, wendet er sich an das Arbeitsamt, das in den jeweiligen Anwerbeländern eine Kommission eingerichtet hat. Alles, was der Kapitalist noch zu tun braucht, ist die Reisekosten zu bezahlen; Das Arbeitsamt erfüllt ihm zusammen mit den z.B. griechischen Behörden jeden "Wunsch". Diese Praxis ist nichts anderes, als ein staatlich betriebener Menschenhandel, der sich nach den Bedürfnissen der Kapitalistenklasse richtet.
Aber Sozialdemokraten wären nicht Sozialdemokraten, wenn sie, wie auch hier, nicht das ganze Register der sozialen Demagogie ziehen würden. Wie raffiniert sie auch hier vorgehen, zeigt ein Spruch des hessischen sozialdemokratischen Sozialministers Schmidt:"(...), daß die Absicht, ausländische Arbeitnehmer nach einer gewissen Zeit abzuschieben und durch Neue zu ersetzen (Rotationsprinzip) weder arbeitsmarktpolitisch noch sozial vertretbar ist."
Da reden die Sozialdemokraten von "sozialer Verantwortung", von Einhaltung des Grundsatzes der Gleichberechtigung,von mehr Rechten und Schutz für die ausländischen Kollegen, reden, und das ist ihr Plan von "Integration" der ausländischen Kollegen. Aber die deutschen wie die ausländischen Arbeiter messen die Sozialdemokratie nicht an ihrem Geschwätz, sondern an ihren Taten! Was soll man davon halten, wenn die Brandt-Regierung einmal vom "neuen Status" der Ausländischen Kollegen in der BRD spricht, in einem Papier von Bundesarbeitsminister Arendt aber von "Übermäßigem Ausländerimport"gesprochen wird?

Wer ist es, der ständig die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Kollegen verschlechtert, wer verfolgt und diszipliniert denn die ausländischen Arbeiter, wer setzt sie als Spaltungsinstrument der deutschen Arbeiterklasse ein?
Die Absichten, die die Brandt-Regierung bei dem sogenannten Integrationsmodell verfolgt, liegen klar auf der Hand: sie versucht hiermit, die ausländischen Kollegen vollständig unter die Kontrolle der Monopolkapitalisten zu bringen, und sie politisch zu disziplinieren. Mit diesem Plan soll es gelingen, auch außerhalb des Betriebes im Privatleben jede Regung und Betätigung der ausländischen Kollegen zu kontrollieren und zu steuern. In äußerst demagogischer Weise geben die Sozialdemokraten dabei vor, es gehe ihnen um die Lage der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien, es gehe darum, daß sie sich auch wohlfühlen in ihrem "Gastland". Ganz neue Töne sind es, wenn die Sozialdemokraten heute so reden:" Diese Menschen haben zu einem nicht unerheblichen Teil durch ihre Mitarbeit dazu beigetragen, unseren Wohlstand zu vermehren. " (Frankfurter Rundschau, 23.1.73, Hessens Sozialminister Schmidt).

Von dieser Demagogie bleibt nichts übrig, als eine Seifenblase, die platzt, wenn die ausländischen Kollegen entschieden für ihre Rechte im Betrieb oder gegen die Unterdrückung in ihren, von Faschisten beherrschten Heimatländern kämpfen.
Da erweist sich die SPD-Regierung immer als konsequente Sachwalterin der BRD-Monopole, indem sie die Kämpfe der Arbeiterklasse und die Kämpfe der ausländischen Kollegen brutal niederhält.



In diesen Löchern müssen die ausländischen Kollegen zu Wuchermieten leben!

»SOZIALISMUS« AUF JUGOSLAWISCH

Heute unterscheidet sich das "sozialistische"Jugoslawien in nichts mehr von einem anderen, vom Imperialismus unterentwickelt gehaltenen Land.
Seit 1948 haben die Imperialisten, voran der USA- und der BRD-Imperialismus freien Zugang für Investitionen und Kapitalexport nach Jugoslawien.
Der einheimische Markt wurde durch die Überschwemmung mit billigen Fertigwaren aus dem Ausland kaputt gemacht; Durch die billigere und rationellere Produktion der ausländischen Monopole in Jugoslawien wurde die nationale Wirtschaft zerstört.
Die sozialistische Planwirtschaft wurde durch den "freien Wettbewerb" ersetzt,d.h. in Jugoslawien wird heute wieder nach Profitprinzip produziert.
In den Betrieben bestimmen die Betriebsdirektoren je nach Wirtschafts- und Auftragslage den Lohn der Arbeiter. Sie können kürzen oder den Lohn sogar streichen und selbst Entlassungen vornehmen. Sie selbst verdienen das 2o-4o-fache eines einfachen Arbeiters. (zum Vergleich: im sozialistischen Nachbarland Albanien verdient ein leitender Direktor oder ein hoher Funktionär höchstens das Doppelte eines Arbeiters!)
Auf dem Land wächst das Elend der breiten Bauernmassen - eine massive Landflucht ist die Folge.
All das hat zum Ergebnis, daß es heute in Jugoslawien ca. 3 Mio. Arbeitslose gibt.
Um sozialen Unruhen entgegenzuwirken und gleichzeitig begehrte Devisen einzuheimsen, hat das Tito-Regime 1966 ein "humanes" Programm zur Lösung der Arbeitslosenfrage entwickelt: jährlich sollen 4o ooo Gastarbeiter in die kapitalistischen Länder auswandern.
Heute arbeiten in der BRD von insgesamt 1 Mio Ausgeanderten 600 ooo jugoslawische Kollegen. Sie wurden von deutschen Werbebüros, die mit der Unterstützung des reaktionären Tito-Regimes in den großen Städten Jugoslawiens eingerichtet wurden, angeworben, um in der BRD zu niedrigsten Löhnen beschäftigt zu werden.
Weder die deutschen Kapitalisten noch die Bourgeoisie in Jugoslawien haben ein Interesse daran, diese Zustände zu ändern; für beide ist das Geschäft zu gut!
Das Tito-Regime hat den Kampf gegen den Imperialismus aufgegeben - auf Kosten des Volkes in Jugoslawien!

Neben Jugoslawien, wo die Restauration des Kapitalismus seit 2o Jahren betrieben und längst abgeschlossen ist, das Tito-Regime offen mit den imperialistischen Unterdrückern zusammenarbeitet, versuchen auch in vermehrtem Maße andere Länder des Ostblocks mit den Imperialisten ins Geschäft zu kommen, um die vermehrt auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen Land zu meistern.
Ein besonders widerliches Beispiel für die Verschacherung der Arbeiter ins Ausland, um die stärker auftretende Arbeitslosigkeit zu verschleiern, ist die Vermietung von polnischen Arbeitskolonnen nach Lüneburg im letzten Jahr, die dort ein Erholungszentrum für die deutsche Bourgeoisie bauen mußten. Eine polnische Firma hatte den Auftrag übernommen und hetzte die eigenen Arbeiter in Tag- und Nachtschichten, manchmal auch Sonntags an den Bau, um ihn termingerecht fertigzubekommen.
Ihren Lohn erhielten die polnischen Arbeiter jedoch nicht einmal in deutscher, sondern in polnischer Währung; die begehrten Devisen strich die polnische Bourgeoisie ein.
Die DKP-Revisionisten besaßen angesichts dieser verschärften Ausbeutungsmethoden und dem organisierten Sklavenhandel noch die Frechheit zu behaupten, da sei "ein praktisches Beispiel für die Verbesserungen der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk". Was sich tatsächlich verbessert hat, sind die Beziehungen zwischen der deutschen Monopolbourgeoisie und den neuen Ausbeutern in Polen, deren getreue Gefolgsleute die DKP -Revisionisten sind!
Immer mehr entlarvt sich das Geschwätz der SPD-Regierung und der Revisionisten über die Ostverträge als "Meilensteine zum Frieden in Europa" als blankeste Heuchelei zur Täuschung der Volksmassen. Immer deutlicher kommt das wahre Gesicht dieser Verträge zum Vorschein: Absprachen zwischen Bourgeoisien über die gemeinsame Ausbeutung und Unterdrückung der Völker Osteuropas!

Korrespondenz eines jugoslawischen Kollegen

Ich kam nach Deutschland um zu arbeiten, weil ich gern selbständig und frei leben wollte. Außerdem hörte ich soviel vom Lebensstandard, daß mir das Land als ein Paradies erschien.
Eine deutsche Firma bot mir an, daß ich dort zu denselben Bedingungen arbeiten könne wie die deutschen Kollegen: ich bekäme den gleichen Lohn, auch eine Wohnung und hätte die gleichen Rechte und Ansprüche. Ich bewarb mich sofort und bekam einen Arbeitsvertrag für ein Jahr.
Die Wohnung bestand aus 2 winzigen Zimmern mit insgesamt 6 Betten, 1 Kleiderschrank, einer Kochplatte und einer Toilette im Freien. Pro Kopf bezahlten wir 6o.-DM. Später erfuhren wir, daß die Vermieterin noch 6o.-DM von der jeweiligen Firma erhielt. Also 12o.-DM Miete pro Person und 36o.-DM pro "Loch".

Meine Arbeit: Eingestellt war ich als Schlosser, mußte aber Eisenstangen streichen und später sogar draußen bei eisiger Kälte schwere Eisenstangen sortieren. Verdient habe ich für diese Arbeit 4oo.-DM. Die deutschen Kollegen erhielten 75o.-DM. Als ich krank wurde und zu einer Verwandten ging, die mir während dieser Zeit Essen gab, sah man mich auf der Straße und ich flog aus der Firma. Ein deutscher Bekannter erklärte meinem Meister die Situation, und er war so gnädig, eine Kündigung von meiner Seite anzunehmen, damit mein Zeugnis nicht so negativ aussah.
Danach suchte ich verzweifelt nach einer neuen Arbeit. Schließlich fand ich welche bei einer Gießerei, wo ich eine ziemlich gefahrvolle und schmutzige Arbeit verrichten mußte für einen Wochenlohn von 15o.-DM. Ein Zimmer konnte ich damals nicht bekommen. Ausländer wollte man eben nicht. So blieb mir nichts anderes übrig, als zwei Monate in einem Zelt zu schlafen.
Dann hörte ich, daß eine Straßenbaufirma Stellen und Wohnung anbot. Diese besuchte ich und wurde dort eingestellt.
Arbeiten mußte ich hier von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Dafür gab es 8oo.-DM pro Monat. Die "Wohnung" bestand aus einer umgebauten Scheune, wo "Zimmer" nur durch Stellwände abgeteilt waren und in einem vier Personen hausten. Im ganzen Raum waren 28 Leute, und es hat gestunken wie in einem Kuhstall. Kaltes Wasser zum Waschen war im Keller, die Toilette nebenan in einem Gasthaus.
Ab und zu kam unser Chef mit seinem Mercedes auf die Baustelle und pfiff aus dem Fenster durch die Finger, um uns zur Arbeit anzutreiben. (Einmal versuchte ich ihm zu erklären, daß wir Arbeiter keine Maschinen wären. Er sagte, ich solle mei- Maul halten, wenn es mir nicht paßt, könne ich ja gehen).

Eines Tages bat mich eine alte Frau, vor ihrem Haus eine Schaufel Asphalt vor die Tür zu machen, weil dort ein Loch war. Ohne viel zu denken, tat ich es. Als mein Chef bei der nächsten Kontrollfahrt dies entdeckte, flog ich sofort aus der Firma.

Später erfuhr ich durch Zufall, daß ich bei den letztgenannten Firmen praktisch illegal gearbeitet habe. Dort hatte ich Lohnsteuer bezahlt, war aber beim Finanzamt nicht registriert. Das Geld hat sich die Firma eingesteckt.

Ich finde, daß es nicht nur mir so geht. Wir Ausländer arbeiten nicht freiwillig für weniger Geld, wir sind nicht freiwillig Lohndrücker. Fügen wir uns nicht, geht es ab in die Heimat, und dort habe ich keine Arbeit.

Abdruck aus der ROTEN FAHNE, Zentralorgan der KPD, Nr. 73; 13.12.72

Warum musste Ljubica Skledar sterben?

SELBSTMORD IN EINER ZELLE DES KÖLNER KLINGELPÜTZ!

Am 1. Februar 1973 wird die jugoslawische Arbeiterin Ljubica Skledar, die von der Kölner Ausländerbehörde in Abschiebehaft genommen worden war, tot in ihrer Zelle aufgefunden. Die 23-jährige hatte sich erhängt.
Was hat sie in den Tod getrieben? Sie hat in der Einsamkeit ihrer 4-wöchigen Gefangenschaft selbst die Antwort gegeben. Empörung und Verzweiflung sprechen aus ihren letzten Zeilen.
"Ich war gut genug, solange ich gebraucht wurde, heute bin ich es nicht mehr. Jetzt, wo ich Unterstützung und Hilfe bräuchte, habe ich sie nicht, bietet sie mir niemand an. Und deshalb wird es mich auch nicht mehr geben. Vielleicht ist dies das letzte, was ich schreibe, denn ich werde zerfallen zu Erde und Staub. Als Erde in die Erde. Ich habe es nicht leicht, denn alle meine Phantasieschlösser- und Städte, meine Zukunft, liegen nun in Trümmern, und mir bleibt nichts anderes übrig, als stumm die Trümmer zu betrachten..."

Von einer Werbestelle der BRD nach Westberlin gelockt, nahm Ljubica im Januar 197o ihre erste Arbeitsstelle an. Im Januar 73 wurde sie in Köln von der Ausländerpolizei verhaftet. Aber nicht einmal die Tatsache, daß ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert worden war, konnte ihr angelastet werden, wie eindeut ig aus der von ihr eingelegten Haftbeschwerde hervorgeht.

BESCHWERDE

Bei der Gerichtsverhandlung, die am 4.1.73 stattgefunden hat, entschied das Gericht, daß ich nach Jugoslawien abgeschoben werden sollte. Es ist richtig, daß meine Papiere nicht in Ordnung waren, aber das war nicht meine Schuld. Aus Berlin kam ich mit geregelten Papieren in das Hotel "Lenz". Außer daß ich keine Abmeldebescheinigung bei mir hatte, was ich jedoch im Hotel mitgeteilt habe. Frau Lenz sagte mir darauf, daß dies alles die Hotelverwaltung regeln werde. (Das Hotel war der Arbeitgeber der Ausländerin; sie verdiente dort 4oo.-DM im Monat. Anm. d. Red.)
Mein Pass war für eine gewisse Zeit bei der Hotelverwaltung deponiert, und als ich ihn wiederbekam, sah ich, daß die Aufenthaltsgenehmigung schon abgelaufen war und daß sie mich außerdem auch noch nicht bei der zuständigen Polizeibehörde angemeldet hatten.
Zweitens: Mein Verlobter, mit dem ich jetzt schon drei Jahre gehe, lebt auch hier und wir wollten heiraten, aber was soll ich jetzt machen? Wir lebten drei Jahre lang wie in der Ehe zusammen, aber er kann nicht nach Hause, da er hier um politisches Asyl gebeten hat; und wenn ich nach Jugoslawien zurückgehe, werde ich wegen ihm verhaftet; wenn wir jedoch getrennt werden - diesen Schmerz könnte ich nicht ertragen..."

Ljubica Skledar

Der zuständige Haftrichter hielt es nicht einmal für notwendig, sich diesen Brief übersetzen zu lassen!

Hotelbesitzer Lenz hat aber nicht nur die Anmeldung des Mädchens "versäumt". Indem er Ljubica illegalisierte, konnte er gleichzeitig ihre Sozialversicherungsabgaben "sparen" und Lohn- und Umsatzsteuern unterschlagen. Aber nicht er, sondern sein Opfer wurde verhaftet. SPD-Oberamtsrat Heiderich begründete das in der Ausweisungsverfügung so:

"Durch Ihr Verhalten - Sie leben seit dem 23.8.1971 unangemeldet in Köln und gehen seit dem 2o.9.71 ohne ausländerbehördliche Zustimmung und ohne Erlaubnis der zuständigen Arbeitsverwaltung einer Erwerbstätigkeit nach - haben Sie gezeigt, daß Sie nicht gewillt sind, die deutsche Rechtsordnung zu beachten. Es kann aber nicht geduldet werden, daß Ausländer, die hier Gastrecht genießen, die auf dem Gebiete des

Aufenthaltsrechtes erlassenen Vorschriften umgehen und dadurch die ordnungsgemäße ausländerbehördliche Überwachung unmöglich machen. Gerade jetzt, da eine Vielzahl von Ausländern im Bundesgebiet lebt, muß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf die Einhaltung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen geachtet werden. Nach Abwägung und unter Berücksichtigung aller Umstände liegt es daher im öffentlichen Interesse, daß Sie das Bundesgebiet unverzüglich verlassen! Ihre etwaigen Privatinteressen an einem weiteren Aufenthalt in Deutschland müssen hiergegen zurückstehen."

Nach dem Selbstmord Ljubicas machte Heiderich seine Unterschrift unter dem Schriftstück unleserlich!

"Warum soll ich nach Hause gehen? Warum habt ihr das größte Unrecht dieser Welt begangen? Warum habt ihr mein junges Leben zerstört und genommen? Ihr seid Mörder! Ihr seid schuld, indem ihr mich verurteilt habt....
Warum habt ihr mir das verweigert, worauf ich Recht hatte? Warum habt ihr nicht zugelassen, daß ich irgenetwas sage, mich rechtfertige?"

Bittere Fragen der Anklage, aber die Schuldigen stehen vor keinem Gericht. Denn wo die Menschenrechte offen mit Füßen getreten werden können, wo der Sklavenhandel zum Bestehen der Ausbeuterordnung die notwendige voraussetzung ist, da gehen auch die Mörder straffrei umher. Allein in Köln sind nach offiziellen Angaben mehr als 1o ooo ausländische Arbeiter als "Illegale" besonders skrupellosen Geschäftemachern ausgeliefert. Jeden Monat werden allein hier über eine Mio DM an Sozialversicherungsbeiträgen unterschlagen.
Diese Zustände schreien zum Himmel, und die Geknechteten schließen sich fester zusammen. Deshalb will die SPD/FDP-Regierung durch drastische Maßnahmen wie Massenabschiebungen "Ordnung schaffen" und die Ausbeutung der ausländischen Kollegen in "geregelte" Bahnen lenken; und wenn sie dabei über Leichen gehen muß.
Ljubica Skledar hat nicht mehr die Kraft gehabt, sich gegen die Teufeleien dieses verbrecherischen Systems zu wehren. Wenn wir am 1. Mai die gemeinsame Kampffront von deutschen und ausländischen Arbeitern demonstrieren, werden wir ihren Mördern unsere roten Fahnen entgegenhalten.

Hartmut Fittkau

Abdruck aus der
INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT
Zeitschrift der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS
Nr. 12, 2. Jg.

****

Antiimperialisten verhindern Abschiebung !

Am frühen Morgen des 27. Februar 1973 wurde der iranische Student Mamutscher Hamedi unter dem Vorwand, er möge einen Anruf der Ausländerpolizei um 9 Uhr entgegennehmen, um 6 Uhr in seiner Wohnung von der Polizei verhaftet. Ihm drohte die Abschiebung, obwohl er einen Asylantrag gestellt hatte.
Der Leiter des Ausländeramtes München, das für die Abschiebung im Regierungsbezirk Oberbayern verantwortlich ist, gab in der Diskussion mit Genossen der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS unverblümt zu erkennen, daß auch er sich an den Fingern abzählen könne, daß im Fall seiner Abschiebung Hamedi letztlich im Iran die Todesstrafe drohe.
Hamedi ist langjähriges Mitglied der CIS (NU) (Conföderation iranischer Studenten, National Union) und war mehrmals Vorstandsmitglied dieser Organisation.

Seit dem Verbot der CISNU durch das Schah-Regime werden ihre Mitglieder als Landesverräter bezeichnet und droht jedem mindestens eine Zuchthausstrafe von 3-1o Jahren, wenn nicht die Todesstrafe.
Da Hamedi in der BRD gegen das Schah-Regime aktiv politisch aufgetreten war, wurde ihm von den deutschen Behörden ein "ordnungsgemäßes Studium" unmöglich gemacht:
Hamedi hatte vor Jahren in München ein Studium der Zahnmedizin begonnen. Mitten im Studium wurde ihm die Kartenerneuerung verweigert mit der Begründung, seine politischen Aktivitäten würden ein "ordnungsgemäßes Studium" verhindern. Als Notlösung schrieb sich Hamedi in der städtischen Dolmetscherschule ein. Auch hier wurde ihm nach einiger Zeit die Neueinschreibung verweigert. Als er sich nun

an der Hochschule für Politik immatrikulieren wollte, war ihm die Ausländerpolizei schon zuvorgekommen: die Einschreibung wurde ihm verweigert.

In der Begründung für die Ablehnung der Verlängerung seiner Aufenthalsgenehmigung argumentierte nun dieselbe Ausländerpolizei, die Hamedi wegen seiner politischen Aktivitäten an der Durchführung eines "ordnungsgemäßen Studiums" systematisch gehindert hatte, damit, daß Hamedi seinen Studienplatz häufig gewechselt habe!
Um der aufschiebenden Wirkung, die mit dem Asylantrag unmittelbar verbunden ist, zu entgehen und möglichst schnell und reibungslos die Abschiebung durchzuführen, leugnete die Ausländerbehörde schlicht die Existenz des Antrags.

WIE LÄSST SICH DIESES VERHALTEN DES STAATSAPPARATS ERKLÄREN ?

Der Fall Hamedi beleuchtet schlaglichtartig die nur scheinbare Willkür, die aber in der Tat jeder wirklichen Demokratie entgegenstehende politische Disziplinierung, die die SPD/FDP-Regierung durch die immer straffere Handhabung ihrer westdeutschen und westberliner Behörden durchsetzt. Hier zeigt sich deutlich, daß durch die reaktionären Ausländergesetze die Entrechtung der Ausländer in der BRD vorangetrieben und legalisiert wird. Aber hier macht die Entrechtung nicht halt: darüber hinaus wird die Wahrnehmung der noch bleibenden gesetzlichen Einspruchsrechte brutal unterbunden, (z.B. wurde den Rechtsanwälten alle Hindernisse in den Weg gelegt) wie wir es von den Praktiken beim Verbot der palästinensichen Arbeiter- und Studentenorganisation GUPA und GUPS her kennen: Nachdem von den 6 Klägern gegen das Verbot von GUPA und GUPS fünf unmittelbar nach dem Verbot oder in den darauffolgenden Wochen der Ausländerjagd abgeschoben wurden, versuchten die Verfolgungsbehörden auch den letzten in der BRD verbliebenen Kläger, den palästinensischen Arbeiter N. Ramadan noch vor der Anberaumung eines Prozesstermins für den Prozess gegen das Verbot von GUPA und GUPS abzuschieben, indem sie sich einen Dreck um das geltende Recht scherten, seinen auf politisches Asyl gestellten Antrag als "mutwilliges Heranziehen von Rechtsmitteln" ablehnten.
Wir sehen also:
Der Fall Hamedi ist kein Einzelfall; was kon konkret erreicht werden soll mit dieser Abschiebung ist , daß sich die SPD-Regierung den Weg für weitere Abschiebungen der CIS(NU)-Mitglieder nach Persien freilegen will- letztendlich darauf hinarbeitet, die Organisation zu illegalisieren und zu verbieten. Dies alles zu einer Zeit, in der die Regimegegner mehr denn je im Iran verfolgt werden und der Kampf des iranischen Volkes brutaler denn je niedergeschlagen wird, iranische Patrioten massenhaft hingerichtet werden. Allein vom März 72 bis zum März 73 wurden im Iran 68 Oppositionelle hingerichtet, über 1oo Regimegegner auf der Straße gekidnappt und weitere kamen bei Demonstrationen und Folterungen ums Leben.
Gleichzeitig -so der Wunsch des Schah-sollte auch die Opposition im Ausland, vor allem in der BRD nieder- und zerschlagen werden. War es dem Schah-Regim 1969 und 7o nicht gelungen, mit Hilfe des SAVAK (persischer Geheimdienst) durch inszenierte Schlägereien anläßlich des Schah-Besuches in Westberlin und des CIS(NU)-Kongresses in Karlsruhe die deutsche Polizei auf CIS(NU)-Mitglieder zu hetzen und diese Organisation zu liquidieren, so versuchte Bundeskanzler Brandt während seines Aufenthaltes im Iran im März 72 möglichst schnell und ohne unliebsames Aufsehen zu erregen, diesem Wunsch nachzukommen. Eine Tatsache, die die persischen regimetreuen Zeitungen (die einzigen, die gedruckt und verbreitet werden dürfen) groß herausbrachten und die bundesdeutsche Presse wohlweislich verschwieg, daß der Preis für die wirtschaftlichen Ausbeutungsangebote an die BRD der war, die fortschrittlichen antiimperialistischen iranischenStudenten in der BRD mundtot zu machen.
Darum ist die Brandt-Regierung gezwungen, will sie beweisen, daß sie dem BRD-Imperialismus auch international am besten politisch den Weg ebnen kann, gegen das Auftreten von Personen oder Organisationen, wie zum Beispiel der CIS(NU), die gegen das Schah-Regime im Iran kämpft, alle Mittel anzuwenden. Das Schah-Regime verkörpert im Iran die Interessen der westdeutschen Regierung an einem reibungslosen Funktionieren der "Wirtschaftsbeziehungen".
Das heißt: die große Mehrheit der Bevölkerung im Iran wird in Armut, Unwissenheit und politischer Unterdrückung gehalten, während eine Handvoll Großgrundbesitzer und Erdölkonzessionäre ungeheure Profite daraus ziehen, daß sie die Reichtümer des Landes an die Imperialisten verkaufen.

Und folgerichtig sind die CIS(NU)-Mitglieder seit Brandts Besuch im Iran größeren Repressalien ausgesetzt:

Die Behörden verlangen Mitgliederlisten, die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ist beträchtlich erschwert worden und in manchen Fällen werden sie ohne weitere Begründung abgelehnt. Die bürgerli-

che Presse mit der Frankfurter Allgemeinen an der Spitze, hat eine Hetzkampagne gegen die CIS(NU) und ihre Mitglieder begonnen, wobei das Verbot dieser Organisation gefordert wird.

Wenn also durch politische Aktivitäten ausländischer Organisationen die Interessen des BRD-Imperialismus verletzt werden, deren Wahrung das oberste Ziel des Staates ist, so schreckt die Brandt-Regierung nicht davor zurück, Gesetze zu ändern oder zu brechen.
Die verschärfte politische Unterdrückung der ausländischen Arbeiter und Studenten mittels der reaktionären Ausländergesetze sind dabei nur ein Moment der allgemeinen Militarisierung und Zentralisierung des imperialistischen Staatsapparates der BRD. Mit dankenswerter Offenheit wird dies sogar vom Leiter des Verfassungsschutzamtes Gerhard Heuer im Bundesministerium des Inneren formuliert: "Zum anderen kann nicht aus der Tatsache, daß der Gesetzgeber im Ausländergesetz die 'sonstigen erheblichen Belange' (gemeint sind die Belange des BRD-Imperialismus) vor Beeinträchtigung vor Ausländern zu schützen versucht hat, schon der Schluß gezogen werden, daß diese Belange eines Schutzes vor Beeinträchtigung durch die eigenen Staatsangehörigen nicht bedürfen."
Die Ankündigung Heuers hat sich bewahrheitet:

1968 Notstandsgesetze
1969 westberliner Handgranatengesetz
1971 /72 Änderung des Adenauer-Betriebsverfassungsgesetzes
Änderung des Verfassungsschutzgesetzes
Umwandlung des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee
Einführung der Vorbeugehaft
1973 Einrichtung des "Terrorismusreferates" beim Verfassungsschutz

Sind im Großen die reaktionären Ausländergesetze ein Glied in der Kette des Abbaus der demokratischen Rechte des Volkes, so ist die Abschiebung Hamedis als ein Glied einer neuen Abschiebungskette zu betrachten. Es handelt sich hier wieder um eine Nacht- und Nebelaktion der Ausländerbehörde und der deutschen Polizei, wie sie häufig bei Palästinensern praktiziert worden war, wie z.B. im Falle von Hellen Abu Hadid, die nach Israel abgeschoben wurde und dort, wie es hieß, "Nicht lebend ankam".
Was die SPD-Regierung und ihre Behörden im Falle von GUPS und GUPA durch ihre Überrumpelungstaktik und Bevölkerungshetze gelang, ist für alle Anttimperialisten und ihre Organisationen eine Lehre geworden. Genossen der CIS(NU), des Kommunistischen Studentenverbandes und der Ortsgruppe Giesing der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS bildeten eine Delegation, die die Öffentlichkeit über den Fall Hamedi herstellten und wichtige weitere juristische Schritte einleiteten. Das Ausländeramt war deutlich durch die Kundgebungen und das mutige Auftreten der Genossen eingeschüchtert. Durch den Druck der Antiimperialisten konnte die Abschiebung Hamedis verhindert werden!

Kampf dem staatlichen Terror der SPD-Regierung!

"Innere Sicherheit" - das ist die höhnische Bezeichnung der imperialistischen Bundesregierung für den Terror, den sie im Namen des Staates und im Dienst der Monopoldiktatur systematisch gegen all diejenigen ausübt, die ihrem Widerspruch zur volksfeindlichen Politik der SPD-Regierung individuell oder organisiert Ausdruck geben.
Vorbereitet wurde dieser organisierte Terror durch ein Gesetzespaket, das im Sommer letzten Jahres eiligst verabschiedet wurde und seither den Imperialisten die "rechtliche" Grundlage dafür gibt, gegen Demonstranten und Streikende mit militärisch aus ausgerüsteten Polizeitruppen vorzugehen, jeden zu bespitzeln und zu überwachen, ausländische Arbeiter und Studenten in Abschiebehaft zu nehmen und an ihre Heimatländer auszuliefern, besonders dann, wenn sie dort von ihren faschistischen Regierungen - wie in Griechenland, Spanien, Portugal, der Türkei, dem Iran zu Hinrichtung, Haft und Folterungen angefordert werden.
Damals wurde die Notwendigkeit der "Inneren Sicherheit" so aufgebaut: mit der Inszenierung der Jagd auf die 'Baader-Meinhof-Bande', der abgeschmacktesten Schmietragödie, die aber von der speichelleckerischen BRD-Presse begierig aufgenommen wurde, sollte der Bevölkerung suggeriert werden, in der BRD sei der anarchistische Umsturz kurz vor der Tür und darum muß der Polizeiapparat zentralisiert, zur Bürgerkriegsarmee aufgebaut werden. Spätestens beim Mahler-Prozess, wo die Anklage nicht den Hauch eines Beweises für die Horst Mahler untergeschobenen Verbrechen aufbringen konnte und die Klassenjustiz ihn

dennoch zu 12 Jahren Gefängnis verurteilte, brach der Popanz der realen anarchistischen Bedrohung in sich zusammen.
Aber die Brandt-Regierung wäre keine Verwalterin der imperialistischen Interessen der Monopolbourgeoisie, wollte sie sich an solchen Widersprüchen stören oder gar dem Protest der Massen und der Kritik auch vieler entschiedener Demokraten Gehör schenken.

Unterdessen vervollkommnet sie das Instrumentarium des staatlichen Terrors und ist dazu übergegangen, diesen auch systematisch und offensiv einzusetzen. Anfang März wurde beim Bundesamt für Verfassungsschutz das Großreferat "Terrorismus" eingesetzt, in dem dem die "besten Kräfte" der Imperialismusagenten zusammengezogen wurden. Ausdrücklich ist die DKP aus dem Referat ausgegliedert: die Bourgeoisie fürchtet nicht mehr die Revisionisten, die den "friedlichen Weg" zur "Überwindung des Kapitalismus" eingeschlagen haben, sondern die konsequenten Antikapitalisten und Antiimperialisten, deren Verbot und Zerschlagung sie systematisch vorbereitet.
Gegen sie wird die "Innere Sicherheit" praktiziert:

- Verbot von Sammlungen der VIETNAMHILFE ALLES FÜR DEN SIEG, um die Solidarisierung des deutschen und vietnamesischen Volkes zu verhindern, den Protest gegen den USA- wie den BRD-Imperialismus zu unterbinden.
- nach einer spontanen Protestdemonstration am 24.2.73, die sich gegen das Bonner Außenministerium richtete, das Vertretern der Befreiungsorganisationen von Laos und Kambodscha die Einreise verweigert hatte, erklärte der leitende Schutzpolizeidirektor Christian Keller, nachdem seine Truppe bereits mit Pistolen gegen die Demonstranten vorgegangen war und in Überfallkommandos nach Auflösung der Demonstration einzelne Antiimperialisten von den Bürgersteigen weg zur Festnahme und Verprügelung in Polizeiautos gezerrt hatten: "Uns muß in Zukunft erlaubt werden, Schußwaffen gegen diese Leute einzusetzen. Denn das Leben der Beamten ist nicht mehr sicher. Mit Gummiknüppeln allein haben wir keine Chance mehr". (Express, 26.2.73)
- am 1o.3.73 überfiel die Polizei einen Demonstrationszug gegen den Faschismus in Griechenland, die Komplicenschaft von Brandtregierung und faschistischer Junta und versuchte den Demonstranten ein Transparent mit der Aufschrift: PATTAKOS MÖRDER-BRANDT KOMPLICE zu entreißen und Demonstranten wegen "Staatsoberhauptbeleidigung" festzunehmen.
- Auf einer Solidaritätsdemonstration am 17.3. in Düsseldorf, die das NATIONALE VIETNAMKOMITEE zur Unterstützung der kämpfenden Völker Indochinas angemeldet und durchgeführt hatte, wurde ohne Vorwarnung noch während der Schlußkundgebung ein Überfall auf die Demonstranten gestartet, bei dem sie in Schaufensterscheiben geprügelt wurden, die zu Bruch gingen, in Hauseingänge gezerrt und dort verprügelt. Den Staatsanwalt hatte man gleich mitgebracht, um die 15 Festnahmen "ordnungsgemäß" abzuwickeln.
- Auf der nationalen Vietnamdemonstration des NATIONALEN VIETNAMKOMITEES am 24.3. 73 in Frankfurt zog der Innenminister des 'linkesten' SPD-Landes Hessen mehrere hundert Bullen zusammen, weil er 4oo Demonstranten erwartete! 2 5oo kamen! Die Polizei war mit auf Polizeiwagen aufmontierten Kameras ausgerüstet, an jeder Straßenecke, wo der Demonstrationszug vorbeikam, stand ein auf Stativ aufmontierte Kamera, von einem Bullenfotografen bedient und von je 5o Bullen 'geschützt'! Das alles, um die zentrale Kartei des Verfassungsschutzes um weitere Antiimperialisten zu erweitern, um sie dann bei nächster Gelegenheit -wie in Düsseldorf- herauszugreifen und weiter 'erkennungsdienstlich zu behandeln'.

In besonderem Maße jedoch richtet sich die Verschärfung des staatlichen Terrors gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse - der Bundesgrenzschutz wird von der Grenze weg ins Ruhrgebiet verlegt, er probt den Bürgerkrieg am Beispiel von besetzten Fabriken-schon jetzt fährt die Polizei und BGS vor den Toren von bestreikten Werken auf: immer offener läßt die SPD-Regierung ihre demokratische Maske fallen, enthüllt sich die tiefe Demokratiefeindlichkeit des Imperialismus auch in der BRD.
Dadurch erkennen aber auch immer mehr Menschen die Volksfeindlichkeit dieser Regierung und dieses Staates und sie sind bereit, den organisierten Kampf dagegen aufzunehmen.

KAMPF DEM STAATLICHEN TERROR DER SPD-REGIERUNG!

DAS GESCHÄFT MIT DEM KRIEG

"Entwicklungshilfe" des DGB in Vietnam

Entwicklungshilfe ist der Tarnmantel des BRD-Imperialismus und seines Staatsapparates unter dem mit Hilfe der faschistischen- und Kompradorenregimes die Ausbeutung und Unterdrückung der sogenannten unterentwickelten Länder betrieben wird. 1.-DM Entwicklungshilfe bringt für 2.-DM Aufträge an die BRD-Monopole. Die Profitrate beträgt z.B. bei VW-Südafrika 4o-5o%.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund als angeblicher Vertreter der deutschen Arbeiterklasse hat in Jahren ein monopolkapitalistisches Unternehmen aufgebaut, bestehend aus einem Wohnungsbauunternehmen (Neue Heimat), einer Bank (Bank für Gemeinwirtschaft BfG), einer Versicherung (Volksfürsorge), das kapitalistische Geschäfte in der ganzen Welt durch Verleihen von Geld und Verkäufen von Wohnungen macht.
Dieser DGB will über seine Tochter, die Neue Heimat International nun auch in Vietnam Riesenprofite machen; gleichzeitig wird durch die SPD-Regierung das faschistische Thieu-Regime unterstützt, um die Profite der deutschen Monopole gegen den Befreiungskampf der Nationalen Befreiungsfront abzusichern.
Die Neue Heimat International, in vier Kontinenten ausbeuterisch am Werk, hat in Südostasien seit 1967 Erfahrungen gesammelt.
In Kuala Lumpur (Malaysia) z.B. wurde durch die Neue Heimat ein Teil des Stadtkerns"saniert", statt der dort bestehenden Wohnungen wurde eine "Tag- und Nacht-Stadt" mit Büros, Hotels, Cafes, Einkaufszentrum und Wohnungen für Angestellte, Kauflustige , Besucher der Hauptstadt und ausländische Touristen geplant.
In Bangkok (Thailand), Herzstück des von Imperialisten beherrschten Hinterlandes der US-Aggressoren im Kampf gegen die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha, werden 3-Klassen-Wohnungen gebaut für Beamte und Angestellte, für mittlere und unterste Einkommen. Für die untersten Einkommen baute die Neue Heimat 1-Zimmer-Wohnungen mit 45 qm, incl. Küche, WC und Dusche für Familien mit durchschnittlich 6 Personen. Das heißt für jede Person 7,5 qm Flächenanteil, das ist weniger als die Größe einer Gefängniszelle.

Um die gleichen schmutzigen Pläne in Südvietnam abzusichern und um sie auch auf die Demokratische Republik Vietnam ausdehnen zu können, wurde ein Komplott geschmiedet zwischen Profit-Entwicklungshelfer Eppler, SPD-DGB mit seinen Töchtern Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft, Volksfürsorge und der sozialimperialistischen Sowjetunion, die entsprechenden Druck auf die DRV ausüben soll.
DGB-Vorsitzender und BfG-Aufsichtsratvorsitzender Vetter fuhr mit Herrn Vietor, Vorsitzender des Aufsichtsrates und gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes der Neuen Heimat, sowie Aufsichtsratsmitglied der BfG nach Tokio zur internationalen Konferenz für Städtebau und Wohnungswesen, um dort mit den japanischen Imperialisten über die Aufteilung der auszubeutenden Wirtschaftsbereiche Vietnams zu verhandeln. Den japanischen Monopolen wurde die Ausbeutung der Bodenschätze Vietnams zugestanden, gegen die Zusicherung, daß der DGB-Tochter Neue Heimat das Monopol im Wohnungs- und Städtebau als größten Wirtschaftsbereich überlassen wird.
Auf der Rückreise von Tokio machte Herr Vetter in Moskau Station und ließ sich die, mit den japanischen Imperialisten ausgehandelte Ausbeutung Vietnams durch Herrn Scheljepin, den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes der sozialimperialistischen UdSSR absegnen.
Die SPD/FDP-Regieung kann nur mit Hilfe der Sozialimperialisten in der Demokratischen Republik Vietnam Fuß fassen, denn sie ist, um die USA-Imperialisten nicht zu "verärgern", nicht bereit, die DRV anzuerkennen. Die deutschen Monopole andererseits wollen nicht auf mögliche Geschäfte in der DRV verzichten.
Das Komplott der BRD-Imperialisten mit der sozialimperialistischen UdSSR wird zum Beispiel belohnt, indem das Deutsche Rote Kreuz die Fertighäuser, gespendet von deutschen Werktätigen über Wladiwostok (UdSSR) nach Haiphong (DRV) transportieren läßt, mit der Behauptung, dieser Transport sei billiger als der direkte Seeweg.
Darüber hinaus hat DGB-Vetter Herrn Scheljepin zugesagt, die imperialistischen Interessen der UdSSR an der Mitgliedschaft

in der neugegründeten EWG-Gewerkschaftsunion, deren 2. Vorsitzender Vetter ist, zu unterstützen.

Dieses abgefeimte, immer offener gezeigte Zusammenspiel zwischen Imperialisten und Sozialimperialisten, zwischen SPD-DGB-Neue Heimat-BfG-Bonzen gegen die Interessen des vietnamesischen Volkes wird trotz aller Machenschaften dieser Volksfeinde an dem entschiedenen NEIN der Regierung der DRV und dem entschlossenen Kampf der Befreiungsfront Südvietnams gegen jede Art der Ausbeutung des Volkes durch die imperialistischen Staaten und Monopole scheitern, auch wenn sie unter dem Deckmantel SPD und DGB auftreten.
Unsere Pflicht ist es, den Werktätigen in der BRD die Augen zu öffnen über die schleimigen Machenschaften des SPD-DGB-BfG-Komplotts und sie zum Kampf gegen die imperialistische volks- und arbeiterfeindliche Brandt-Regierung aufzurufen!

NIEDER MIT ALLEN VERSUCHEN IMPERIALISTISCHER EINMISCHUNG IN VIETNAM!

****

DIE SICHERHEITSKONFERENZ – KOMPLOTT ZWISCHEN IMPERIALISTEN

Schon in den fünfziger Jahren hatten die sowjetischen Sozialimperialisten den Versuch unternommen, im Mittelmeer Fuß zu fassen, als sie die Regierung Albaniens 'ersuchten', auf albanischem Gebiet militärische Stützpunkte zu errichten. Dieses Ansinnen wurde entschieden zurückgewiesen. Seitdem ist es der Sowjetunion gelungen, eine umfassende Strategie für den Mittelmeerraum zu eröffnen und diesen Raum militärisch zu durchdringen. Im Mai 1971 befanden sich in diesem Gebiet insgesamt 59 sowjetische Schiffe, darunter 1o U-Boote, 19 Kriegsschiffe, 3 Landungsschiffe, 22 militärische Hilfsschiffe, sowie 6 Spionageschiffe. Die SU verfügt gegenwärtig über 11 Ankerplätze, die von der spanischen bis zur ägyptischen Küste verteilt sind. (die wichtigsten: vor Mellila, Span-Marokko, Golf von Hammamet,vor Tunesien, vor Malta, Kithira zwischen Griechenland und Kreta; und vor Zypern).Zwei syrische Häfen (Latakia und Tartus) sowie der ägyptische Hafen Port Said, ferner drei ägyptische Flughäfen (bei Sollum, bei Kairo und bei Assuan) stehen der Kriegsflotte der sowjetischen Sozialimperialisten ganz zur Verfügung.

Der offiziellen sozialimperialistischen Propaganda zufolge ist die zunehmende militärische Okkupation des Mittelmeergebietes lediglich eine Antwort auf die Besetzung dieses Raums durch die 6. Flotte der USA-Imperialisten. In Wirklichkeit jedoch geht es den Sozialimperialisten, die skrupulös jede Konfrontation mit der US-Flotte vermeiden, um ganz andere Ziele. Unter Ausnützung der gegenwärtigen Widersprüche der Bourgeoisien der arabischen Länder zum US-Imperialismus versuchen sie, diese Länder ökonomisch und politisch an sich zu binden und sich in ihnen (vornehmlich in Syrien, Irak und Ägypten) militärisch einzunisten. Die zunehmende militärische Besetzung dieser Länder dient der Absicherung der wirtschaftlichen Ausbeutung dieser Länder durch die sowjetischen Sozialimperialisten und der Schaffung sicherer Stützpunkte zur Durchdringung anderer Länder, bis hin zur westafrikanischen Küste. So schloß die SU schon 1969 ein Abkommen mit der faschistischen spanischen Regierung , welches es ihr gestattete, einen Stützpunkt auf den Kanarischen Inseln (Las Palmas) zu errichten und "Reperaturbetriebe" für die sowjetische Flotte einzurichten. Bezahlt wurde diese Konzession durch Aufträge an spanische Werften. Selbst vor Dakar und dem Golf von Guinea hat die sowjetische Flotte sich eingenistet. Von 1962 bis 197o nahm die Zahl in Dakar anlegender sowjetischer Handelsschiffe von 1 auf 68 zu, die der Fischereischiffe (zur Ausplünderung der westafrikanischen Fis Fischbestände) von 6o auf 1o6; und entsandte die SU 1962 zwei "wissenschaftliche Beobachtungsschiffe" nach Dakar, so waren es im Jahre 197o schon ganze 16 Schiffe. Allein in den ersten elf Monaten des Jahres 1971 erhöhte sich diese Zahl auf 7o Schiffe!
Ständig lagern vor Dakar zwei sowjetische Zerstörer und vom 16.-19.April 1971 besuchte gar ein Raketen-Lancierschiff Dakar, welches vom 18.-23. Mai 1971 in Freetown (Sierra Leone) Halt machte.
Die zunehmende militärische Präsenz der sowjetischen Sozialimperialisten im Mittelmeer-

raum und vor der westafrikanischen Küste dient nichts anderem, als der Absicherung der ökonomischen Ausbeutung und der militärischen Bindung dieser Länder. Hierzu bedienen sich die Sozialimperialisten althergebrachter imperialistischer Methoden: den betreffenden Ländern verschaffen sie 'großzügige' Kredite, die der Erschließung der Infrastruktur und der Errichtung von Fabriken dienen, die vornehmlich für den Export in die Sowjetunion produzieren. So ist es verständlich, daß die SU für das griechische faschistische Militärregime in Mazedonien ein riesiges Elekrizitätswerk bauen, um damit zur "Entwicklung" dieses Gebietes beizutragen. Dieses E-Werk liefert u.a. Strom für die militärische Installation Griechenlands und für die Industriebetriebe der amerikanischen und der BRD-Imperialisten. Die Erschließung dieses Gebiets trägt dazu bei, es definitiv zu "gräzisieren", demmRumänien und Albanien erheben seit langem Ansprüche auf Teile dieses von Griechenland annektierten Gebietes. Es sichert jedoch auch den sowjetischen Sozialimperialisten griechische Lieferungen von Rohstoffen (Pflanzenöl, Tabak, etc.), die als "Bezahlung" gebraucht werden. Im gleichen Sinne bemächtigten die sowjetischen Sozialimperialisten sich der Erdölquellen des Irak und der Leichtmetallkonsumgüterindustrie Ägyptens. Ihre "Aufbauhilfe" stellt nichts anderes als eine durch und durch imperialistische Investition dar. Die 8o Industrieprojekte, die die Sowjetunion bis 1971 für Ägypten finanzierte und die Waffenlieferungen auf Kredit für dieses Land (197o: Panzer Raketen und Geschütze für ca. 9 Milliarden DM) haben Ägypten bis zu diesem Zeitpunkt 1o Milliarden DM aufgehalst.

Die ökonomische Ausbeutung der Länder des Mittelmeerraums durch die sowjetischen Sozialimperialisten und die militärische Durchdringung dieses Raumes durch See- und Luftflotte der SU sind beide Ausdruck der Konkurrenz vornehmlich zu den USA-Imperialisten, sind Ausdruck des Versuchs beider imperialistischer Räuber, die Länder des Mittelmeergebiets und Westafrikas ihrer jeweiligen Einflußsphäre einzuverleiben um auch auf sie die von den Sozialimperialisten entwickelte Theorie der "friedlichen Koexistenz", d.h: der Aufteilung der Welt, anwenden zu können, eine Theorie, die den Verrat an den leninistischen Prinzipien der friedlichen Koexistenz darstellt, die den proletarischen Internationalismus und die Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Völker an erste Stelle setzte.

In diesem Sinne muß auch die Behauptung der Sozialimperialisten, durch militärische Präsenz die Hegemonie des USA-Imperialismus im Mittelmeerraum zurückdrängen zu wollen, als rein imperialistisches Tarnungsmanöver gesehen werden. Die Sowjetunion setzt alles daran, den Befreiungskampf der arabischen Völker- ihnen voran des palästinensischen Volkes-zu sabotieren, sie komplottiert mit den bourgeoisen Cliquen dieser Länder (Irak, Ägypten) und sichert ihre Ansprüche durch "Freundschaftsverträge" ab, die nichts anderes sind, als militärische Besatzungsstatute. Gleichzeitig versucht sie, den israelischen Zionisten zu liebdienern. Schon im Sommer 1971 besuchte der sowjetische 'Journalist' Victor Louis-der Kissinger der gegenwärtigen Kremlzaren-Israel, um die israelischen Reaktionäre erneut der Unterstützung des amerikanischen Rogers-Plans durch die Sowjetunion zu versichern, eines Plans, der die Herrschaftsansprüche Israels im arabischen Raum absichern soll. Wenig später, im August 1971, schrieb dieser Louis im israelischen Hetzblatt "Yedioth Aharonoth" (Tel Aviv) über die Lieferung sowjetischer Juden an die israelische Armee:"Diese Juden sind wirklich willkommen in Israel, und die gewissermaßen physischen Bande zwischen Israel und der UdSSR verstärken sich durch die Ankunft jedes neuen Emigranten". Dies macht deutlich, daß es den sowjetischen Sozialimperialisten nicht im geringsten um den gerechten Freiheitskampf der Mittelmeervölker und der Völker der arabischen Länder geht, sondern nur um die Festigung ihrer imperialistischen Herrschaft über die betreffenden Gebiete. Der Logik der amerikanischen und vornehmlich der BRD-Imperialisten folgend, sehen sie in diesen Gebieten nichts anderes, als den Lieferanten billiger Rohstoffe und billiger Arbeitskräfte. Daß diese imperialistischen Ziele der SU-Regierung sie namentlich in ihrer Mittelmeerstrategie in Widerspruch zum USA-Imperialismus bringen, liegt auf der Hand. Es sind dies aber nur Widersprüche zwischen imperialistischen Räubern, die sich um die Beute zanken. Gleichzeitig buhlen beide um die Zusammenarbeit mit dem BRD-Imperialismus, und die gegenwärtige politische Agentur dieses Imperialismus, die SPD/FDP-Regierung, weiß die Liebesanträge beider Seiten zu schätzen und nutzt sie geschickt aus, um ihrerseits - mal im Bündnis mit den USA, mal im Bündnis mit der SU-ihre eigenen Interessen im Mittelmeerraum wahrzunehmen, wobei sie sich auf Griechenland und die Türkei konzentriert, mit den israelischen Faschisten aufs Engste kollabo-

riert und Ägypten den'Gefallen'tut , den USA-SU-Rogers-Plan zu unterstützen. Es ist hierbei bezeichnend, daß vornehmlich in Griechenland die BRD-Monopole freudig Gebrauch machen von der durch die SU vorbereiteten Erschließung der Infrastruktur dieses Landes, daß sie in Persien ein faschistisches Regime unterstützen, welches sie Sozialimperialisten mit einem Waffenpark im Wert von über 1oo Mio Dollar gegen den Zorn des Volkes abgesichert hat, daß die gegenwärtige SPD/FDP-Regierung enge Kontakte zu den indonesischen Faschisten gelegt hat, die von der SU unter dem Tarnnamen "Flugzeugersatzteile" ihre Luftwaffe aufgestockt erhält.
Konkurrenz und Kollaboration zwischen Imperialisten und Sozialimperialisten vom Mittelmeerraum bis nach Asien, gemeinsame Bemühungen von Imperialisten und Sozialimperilalisten auf der "Europäischen Sicherheitskonferenz" namentlich eine Strategie für den Mittelmeerraum zu erarbeiten, die unter anderem darauf zielt, in gemeinsamem Bemühen "den gefährlichen Kriegsherd in Palästina" (Kossygin) zu löschen, sowie die neuerlichen Versuche derSozialimperialisten, allen asiatischen Ländern ihr imperialistisches "kollektives Sicherheitssystem" aufzudrängen, - all dies macht deutlich, daß die Bestimmung inder LIGA-Broschüre "Kampf dem BRD-Imperialismus", daß die USA-und BRD BRD-Imperialisten die Sowjetunion nicht mehr als den "Hauptfeind" sondern als den "Hauptkonkurrenten um die Weltherrschaft" betrachten, daß es sich gegenwärtig handelt um "Zusammenarbeit und Konkurrenz mit USA-Imperialismus und Sozialimperialismus in der Ausbeutung und Unterdrückung der VölkerEuropas, des Nahen Ostens, des Mittelmeeraums und der ganzen Welt", tagtäglich ihre Richtigkeit erweist.

Der Kampf der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS gegen den USA-und BRD-Imperialismus muß sich deshalb auch konsequent und mit aller Entschlossenheit gegen den sowjetischen Sozialimperialismus richten. In diesem Sinne soll Herrn Breschnew, wenn er in die BRD kommt, um mit Brandt seine Händel zu treiben, ein würdiger Empfang bereitet werden!

****

GÜVENLİK KONFERANSI

Emperyalistlerin hazırladığı komplo.

Daha 1950-1955 yıllarında,sovyet sosyal emperyalistleri,akdeniz çevresinde bir üs sahibi olabilmek için denemelere girişmişlerdi.
İlk teşebbüs Arnavutluk oldu.Sovyet emperyalistleri,Arnavutluk sınırları içinde üslenebilecekleri bir bölge için Arnavutluk hükümetine ricada bulundular.Bu anlamsız istek kararlı olarak reddedildi.O zamandanberi sovyetler birliği akdeniz bölgesinde ve bütün çevrede stratejik bir faaliyete girişti, Amaç,askeri bir kuvvet sahası kurmaktı.Mayıs 1971'de akdenizde,59 sovyet gemisi toplanmış bulunuyordu.Bunlardan 10 tanesi denizaltı, 19'u savaş gemisi,3'ü çıkarma gemisi 6'sı da askeri gözetleme ve ispiyon gemisi idi.Bundan başka,sovyet gemileri,İspanya'dan Mısır'a kadar bütün akdeniz boyunca 11 konak yeri sahibi olmuşlardı.(Bunların en önemlileri:Mellila,İspan-Marokko, Mahammet körfezi,Tunus-Malta önü ve Kıbrıs) Lataika ve Tartus adlı iki suriye limanı ile,Mısır limanı Port Said ve iki hava meydanı emre hazır bekliyordu.
Sosyal emperyalistlerin akdenizde bu kadar sıkı tedbir almaları, resmi yoldan,Amerikan altıncı filosuna bir karşılık olarak gösteriliyor.Aslında hedef tamamen başka. Çelişki içinde olan arap burjuvasının durumundan yararlanıp,Amerikaya sırt çeviren ülkeleri kendilerine çekmek.Yoksa ne Rusya'nın Amerikayla bir savaşa girmeye niyeti vardır,ne de Amerikanın Rusyayla.. Sosyal emperyalistlerin,bu ülkeleri kendine çekişi,politik bağlanmayla başlayacak,askeri yardımla gelişip,sömürü şeklinde son bulacak.Akdenizde bu çeşit dayanak noktalarına sahip olmakla,giriştiği sosyal emperyalizmi garanti almak niyetinde.
Daha 1969 yılında faşist İspanyol Franko ile yaptığı bir anlaşmayla, Kanarya adalarında bir üs kurup, (Las Palmas) Rus gemilerinin tamiri bahanesiyle akdenizde kuvvetli bir nokta sahibi oldu.Anlaşmalar yoluyla da bu üssün inşa masrafları İspanyol tersaneleri tarafından karşılandı.

Ekonomik sömürünün garanti altına alınması için Sovyet hükümeti akdeniz'de her çareye ba vurmaktadır.Bunların en modası geçmiş şekli de,ülkelere cömertçe krediler ve askeri malzeme vererek onları kendine bağlamak.Yunanistan'da Ruslar tarafından kurulan büyük elektrik santralları aynı gayeye hizmet için kuruldu.Aynı zamanda da buna karşılık,ihtiyacı olan ham maddeyi temin etme imkânlarını garantiye almış oluyor.

Mısır'da 1971 yılına kadar inşa edilen 80 endüstri merkezi ve yekün 10 milyar Mark'ı bulan silah yardımı da aynı gaye için.
Amerikan ve sovyet emperyalistleri sözde,milletleri,karşı oldukları doktrin temsilcilerine karşı koruyormuş gibi görünüp,aslında aralarında gül gibi geçinerek paylaşıyorlar sömürülecek ülkeleri.İşte buna dikkat etmek gerek.
Rusya,giriştiği bu emperyalist politikayla,Leninizm'e ihanet etmiş oluyor.Arabistan'da,Filistin'de ve doğu Asya'da,halk savaşlarını,o ülkelerin kapitalist ya da faşist hükümetleriyle anlaşarak sabote etmesi,sovyetler için silinemeyecek tarihi bir yüz karasıdır.

Sovyet emperyalistleri,bir yandan Arabistan'a,yahudilere karşı kullanılmak üzere silah verirken,bir yandan da Rusya'dan İsrail'e savaşmak üzere gönüllü yahudi gönderiyor. Tavşana kaç,tazıya tut..Arada olanlar emperyalistlerin işine geliyor. Şunun artık açıkça görülmesi gerek ki,Amerikan ve sovyet emperyalistleri için akdeniz bölgesi ve günev Afrika ülkeleri,sömürü matahı olmaktan öteye bir anlam taşımıyor.

Yakın zamandan beri durumla pek yakından ilgili olan batı Alman emperyalistleri de bu sömürüden paylarını alabilmek için bütün dikkâtlerini bu tarafa çevirmiş durumdalar.Onlar için de bu bölge bilhassa ucuz işçi veren verimli bir bölge anlamını taşıyor.

Velhasıl,ister Yunanistan'da olsun, ister Türkiye'de,ya da başka bir akdeniz ülkesinde,Alman,Sovyet ve Amerikan emperyalistlerinin,müşterek ya da ayrı ayrı,tek amaçları suyu bulandırmadan bu sömürü düzenini yürütmektir.

"Avrupa güvenlik konferansı"nın toplanabilmesi için bütün tarafların verdiği emeğin gayesi,büyük bir savaş çıkmaksızın bu sömürü düzenini yürütmenin çarelerini aramaktır.
LIGA büroşüründe bütün açıklığıyla ortaya koyduğumuz gibi,"Batı Alman emperyalizmiyle savaş",diğer halk düşmanı emperyalistlerle olan savaşdan ayırdedilmemelidir.
Sovyet emperyalistlerinin de bu güne kadar olan tutumları artık su götürmez derecede ortaya çıkmıştır.

İşte bu yüzden:
"Amerikan ve batı Alman emperyalizmiyle savaş" kampanyası,aynı kuvveti ve kararlılığıyla,Sovyet emperyalizmine karşı da yöneltilmelidir.

İşte bu yüzden:
Eğer sayın! başkan Brejnev,Brandt'la görüşmek üzere batı Almanya'ya gelirse,kendisine lâyık(!) bir karşılama merasimi hazırlanmalıdır.

LA CONFERENZA DI SICUREZZA - COMPLOTTO TRA IMPERIALISTI

Già negl'anni 50 i socialimperialisti sovietici hanno tentato di prender piede nel Mediterraneo, quando chiesero il governo della Albania di costruire delle basi militari su territorio albanese. Questa richiesta venne rifiutata decisamente. Da allora l'Unione sovietica è riuscita ad incominciare una completa strategia per la zona del Mediterraneo e di pervadere militarmente questa zona. Nel mese di maggio del '71 si trovarono su questo territorio in totale 59 navi sovietici, fra cui 10 sommergibili, 19 navi da guerra, 3 lance da sbarco e 6 navi da spionaggio. L'unione sovietica dispone attualmente di 11 posti d'ormeggio sparsi dalla costa spagnola a quella egitta (i più importanti: di fronte a Mellila Span-Marocco, Golfo di Hammamet, di fronte alla Tunisia, davanti a Malta, Kithira tra la Grecia e Creta, e davanti a Cipro).2 Porti siriani (Latakia e Tartus), come anche il porto egittiano Port Said, inoltre 3 aeroporti egittiani (vicino Sollum,vicino Kairo, vicino Assuan) sono interamente a disposizione della flotta militare dei socialimperialisti sovietici. Secondo la propaganda ufficiale socialimperialistica la crescente occupazione militaristica della zona mediterranea è soltanto una risposta all'occupazione della sesta flotta degli USA-imperialisti di questo territorio. In realtà però si tratta peri socialimperialisti, che evitano scrupolosamente ogni confrontazione con la flotta americana, di tutt'altre mete. Approfitando delle contradizioni attuali tra le borghesie dei paesi arabi e l'imperialismo americano cercano di legare a se questi paesi in modo economico e politico e di stabilirsi militaristicamente (specialmente nella Siria e nel Egitto). La crescente occupazione militare di questi paesi serve ai socialimperialisti sovietici per assicurarle lo sfruttamento economico di questi paesi e per erigere basi sicuri per l'infiltrazione di altri paesi fino alla costa occidentale dell'Africa. Già nel 1969 l'URSS concluse un trattato col governo fascista spagnolo che le permetteva di costruire sia una base sulle Isole Canarie (Las Palmas) sia delle officine di riparazioni per la flotta sovietica. Questa concessione venne pagata con ordinazioni ai cantieri navali spagnoli. Persino davanti a Dakar ed il golfo di Guinea si è annidata la flotta sovietica. Dal 1962 al 1970 il numero di navi mercantili sovietici che ormeggiavano a Dakar salì da 1 al 68, il numero dei pescherecci che saccheggiano il mare pescoso dell'Africa occidentale salì dal 60 al 106.

E nel 1962 spedî l'URSS 2 navi d'osservazione scentifica per Dakar, nel 1970 furono già 16 navi. Solo nei primi 11 mesi del anno 71 la cifra si aumentava a 70 navi! Continuamente sostano 2 cacciatorpedinieri sovietici a Dakar. E dal 16 al 19 aprile 1971 una nave lanciamissili visitava Dakar, la quale si fermava poi dal 18 al 23 maggio a Freetown (Sierra Leone).
La crescente presenza militare dei socialimperialisti sovietici nella zona mediterranea e davanti alle coste dell'Africa occidentale non serve ad altro che per rendere sicuro lo sfruttamento economico e per legare militarmente questi paesi. Per ciò i socialimperialisti usano metodi imperialistici tradizionali: ai paesi rispettivi procurano dei crediti "generosi" che servono allo svilluppo del infrastruttura ed alla fondatione di fabbriche che producono specialmente per l'esportazione nell'Unione sovietica. Cosî è comprensibile, che l'URSS costruisce per ilregime militare fascista greco una enorme centrale eletrica per contribuire allo sviluppo di questa regione. Questa centrale eletrica consegna fra l'altro dell'eletricità per gl'impianti militari della Grecia e per i stabilimenti industriali dei imperialisti americani e della Germania federale. Il rendere accessibile di questa regione serve per "greciarla" definitivamente, perchè la Romania e l'Albania pretendono da molto tempo dei diritti su parti di questa regione annessa dalla Grecia. Garantisce però anche ai socialimperialisti sovietici delle consegne grece di materie prime (olio vegetale,tabacco...)che vengono usati come "pagamento". Nello stesso senso i socialimperislisti s'impadroniscono dei pozzi d'olio minerale e dell'industria dei beni di consumo (metallo leggiero) del Egitto. Il loro aiuto di costruzione non è nient'altro che un'investizione del tutto imperialistica. Gli 80 progetti industriali che l'unione sovietica ha finanziato per l'egitto fino al '71 e le consegne d'armi su credito per questo paese (1970:carri armati, missili e pezzi d'artiglieria per circa 9 miliardi DM) hanno appiopato al Egitto fino a quest'ora 10 miliardi DM. Lo sfruttamneto economico dei paesi della zona del mediterraneo da parte dei socialimperialisti sovietici e l'infiltrazione militare di questa zona attraverso la marina e le forze aeree dell'Unione sovietica sono l'espressione della concorrenza specialmente verso gli imperialisti americani, sono l'espressione del tentativo di tutt'e due i banditi imperialistici di annettere i paesi mediterranei e dell'Africa occidentale.alla loro sfera d'influenza correspondente, per applicare anche alloro la teoria sviluppata dai socialimperia-

listi della "coestistenza pacifica", doè della distribuzione del mondo, una teoria che rappresenta un tradimento contro i principi leninistici della coestistenza pacifica, che metteva in primo luogo l'internazionalismo proletario ed il sostegno della lotta di tutti popoli oppressi. In questo senso si deve vedere anche l'affirmazione dei socialimperialisti di voler respingere con la sua presenza militare l'egemonia del imperialismo degli Stai Uniti nel Mediterraneo. Quest'affirmazione è soltanto una manovra di mimetizzazione imperialistica.L'URSS fà ogni sforzo possibile per sabotare la lotta di liberazione dei popoli arabi - dinanzi a tutti quello del popolo palestinese -, complotta con le cricche borghesi di questi paesi (Irak,Egitto) ed assicura le loro pretesi con trattati "d'amicizia", che sono nient'altro che statuti d'occupazione militare.Nello stesso tempo cerca di compiacere ai sionisti israeliani. Già nell'estate del 71 il "Giornalista" sovietico Victor Louis - il Kissinger dei presenti zari del Cremlino - visitava l'Israele per assicurare dinuovo ai reazionari israeliani che l'Unione sovietica sostenderá il piano "Rogers" americano, un piano che dovrà assicurare il postolato di supremazia del Israele nel territorio arabo. Poco dopo nel mese d'agosto 71 tale Louis scrisse sulla consegna di ebrei sovietici all' armata israeliana nel giornale sobillatore israeliano "Yedioth Aharonoth" (Tel Aviv) :"Questi ebrei sovietici sono veramente benvenuti nel Israele ed i vincolo fisici tra l'Israele e l'URSS si rinforzano col arrivo di ogni nuovo emigrante." Questo rende palese che per i socialimperialisti sovietici non è questione di giusta lotta di liberazione dei popoli mediterranei e popoli dei paesi arabi, ma soltanto di stabilizzazione della loro padronanza imperialistica sulle regioni concernenti.Per i socialimperialisti queste regioni sono - secondo la logica degli imperialisti americani e sopratutto della Germania Federale nient'altro che il fornitore di materie prime ed operai a prezzo conveniente. E ovvio che queste mete imperialistiche del governo sovietico le portano in contraddizione al imperialismo americano. Questi sono però soltanto contraddizioni tra banditi imperialistici che si litigano per la preda.Nello stesso tempo ambiscono tutt'e due alla collaborazione col imperialismo tedesco, e l'agenzia politica di quest'imperialismo, il governo SPD/FDP apprezza le dichiarazioni d'amore d'entrambi le parti e ne approfitta per tutelare da parte sua le proprie interessi nel Mediterraneo - una volta facendo un patto con i Stati Uniti, un'altra volta con L'URSS - con-

1. Mai 1973

Beteiligt Euch an den Demonstrationen

von KPD, Maikomitees oppositioneller Gewerkschafter, KJV, KSV, KOV, LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Westberlin	**Turmstrasse 10h**
Hamburg	**Holstenplatz 11h**
Stuttgart	**Cannstadt 10h**
Nürnberg	**Veit Stoss Anlage 10h**
Dortmund	**Nordmarkt 12h**
Frankfurt	**Opernplatz 10h**

Kontaktadresse
und Sprechstunde:

Inhaltsverzeichnis Seite

PREIS DM 0,50

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Christian Hommerich, 5 Köln 21 Postfach 210708
Tel.(o221) 72 44 33